

Stenographisches Protokoll

über die

36. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 1. Oktober 1907.

Inhalt:

Petitionen.

Abwesenheitsanzeige.

Auflage.

Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Kessel und Dr. Schächerl, betreffend die Besserung der Lohnverhältnisse der landschaftlichen Forstarbeiter — durch den Landes-Ausschuß.

Begründung des Antrages der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend die Abänderung des Landesgesetzes über die Naturalverpflugsstationen. (Beilage Nr. 262. — Zuweisung an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.)

Begründung des Antrages der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend die Gewährung einer Notstandsunterstützung für die durch Lawinen und Überschwemmungen geschädigten Besitzer der Gemeinde Kleinlobming im politischen Bezirke Judenburg. (Beilage Nr. 264. — Zuweisung an den Finanz-Ausschuß.)

Begründung des Antrages der Abgeordneten Koskar und Genossen, betreffend die Fortsetzung der Pöschnitzregulierung in der zweiten Baustrasse und die Ablösung, respektive Beseitigung der am alten Flußarme bestehenden Mühlen. (Beilage Nr. 265. — Zuweisung an den Landeskultur-Ausschuß.)

Begründung des Antrages der Abgeordneten Georg Daniel und Genossen, betreffend die Errichtung einer Bürgerschule für Knaben und Mädchen in Eggenberg. (Beilage Nr. 274. — Zuweisung an den Unterrichts-Ausschuß.)

Begründung des Antrages der Abgeordneten Burger und Genossen, betreffend die notwendige Unterstützung der durch Hochwasser schwer geschädigten Grund- und Hausbesitzer im politischen Bezirke Leoben. (Beilage Nr. 287. — Zuweisung an den Finanz-Ausschuß.)

Zuweisung des Antrages der Abgeordneten Dr. Schächerl und Kessel betreffs Lohnerhöhung und sonstige Wünsche der landschaftlichen Forstarbeiter (Beilage Nr. 291) an den Finanz-Ausschuß.

Zuweisung von Vorlagen des Landes-Ausschusses, und zwar:

1. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen des Josef Freismuth, Liquidators der Landes-Versorgungs-Anstalten-Verwaltung, um Beförderung in die VIII. Rangklasse (Beilage Nr. 208);

2. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses in Angelegenheit des Krankenhausneubaus in Hartberg (Beilage Nr. 289)

an den Finanz-Ausschuß;

3. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Abänderung des § 19 der Feuerlöschordnung für das Herzogtum Steiermark mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz, vom 23. Juni 1886, L.-G.- u. B.-Bl. Nr. 29 (Beilage Nr. 292);

4. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage der Entwürfe: 1. eines Gesetzes, mit welchem grundsätzliche Bestimmungen für die öffentliche Wasserleitung in der Marktgemeinde Schladming erlassen werden, und 2. eines Gesetzes, betreffend die Herstellung von Kanälen zur Ableitung der Niederschlags- und Abfallwässer, sowie die Entrichtung einer Gebühr für die Einschlauchung der Haus- und Gebäudekanäle in die öffentlichen Kanäle in der Marktgemeinde Schladming im gleichnamigen Gerichtsbezirke (Beilage Nr. 293)

an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten;

5. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Gesetzentwurfes, betreffend die Verbauung des Fützenbaches (Beilage Nr. 294);

6. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Ablösung der Jagdreservate (Beilage Nr. 295)

an den Landeskultur-Ausschuß;

7. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Abänderung des in Angelegenheit der Fortsetzung der Lokalbahn Gleisdorf—Weiz—Anger am 24. November 1905 vom Landtage gefaßten Beschlusses (Beilage Nr. 296)

an den Eisenbahn-Ausschuß.

Wahl eines Mitgliedes an Stelle des Abgeordneten Berger in den Landeskultur-Ausschuß.

Bericht des Landeskultur-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Koskar, Dr. Janzovic und Genossen, Beilage Nr. 111, betreffend den Schutz und die Förderung der heimischen Viehzucht. (Beilage Nr. 206. — Annahme des Antrages des Landeskultur-Ausschusses.)

Berichte und Anträge des Finanz-Ausschusses über Petitionen.

Antrag der Abgeordneten Josef Sutter, Franz Graf Attems, Franz Hagenhofer, Franz Nobič, Friedrich Freiherrn von Rofitansky und Genossen, betreffend die Begehung des 60jährigen Jubiläums der Regierung Seiner Majestät des Kaisers Franz Josef I.

Antrag der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend die Unterstützung der durch Elementarereignisse schwer geschädigten Grundbesitzer der Gemeinden Feistritz bei Knittelfeld und Nachau, politischer Bezirk Judenburg.

Antrag der Abgeordneten Burger und Genossen, betreffend die Befugnis für die Kürschmiede zur Ausübung der tierärztlichen Praxis.

Antrag der Abgeordneten Sutter und Genossen, betreffend die Einlösung und Verstaatlichung der Lokalbahnen Fehring—Fürstenfeld, Fürstenfeld—Hartberg—Friedberg und Aspang—Wien.

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Jančovič, Hofrat Dr. Friedrich Ploj und Genossen, betreffend die Uferschutzbauten an der Save bei Friesach, Gemeinde Blanca, und St. Marcin, Gemeinde Richtenwald.

Antrag der Abgeordneten Burger und Genossen, betreffend die Beistellung von billigem Abfallsalz für landwirtschaftliche Zwecke.

Interpellation der Abgeordneten Burger und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Vorlage eines Gesetzesentwurfes in Sachen der Verbauung des Teichenbaches in der Gemeinde Rallwang.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 20 Minuten vor-mittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann Erzellenz Edmund Graf Attems.

Schriftführer: Die Abgeordneten Emil Sedlaczek und Emil Kunz.

Von Seite der Regierung anwesend: Seine Erzellenz Statthalter Manfred Graf Clary und Aldringen.

Landeshauptmann: Das Haus ist beschlußfähig; ich erkläre daher die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist aufgelegt, Einwendung wurde gegen dasselbe keine erhoben und erkläre ich es somit für genehmigt.

Von den eingelangten Petitionen beantrage ich zuzuweisen dem Finanz-Ausschusse (liest):

„Petition Nr. 474, der landschaftlichen Forstarbeiter, um eine Lohnerhöhung und andere Zugeständnisse. (Überreicht durch Abg. Dr. Schacherl.)“

„Petition Nr. 478, der Curatie-Vorstellung St. Anton von Padua in Graz, um eine Kommission, bestehend aus den Interessenten: k. k. Statthaltereie, Ordinariate und steierm. Landes-Ausschusse und der Curatie-Vorstellung St. Anton von Padua, zur Feststellung der Unzweckmäßigkeit der Lage der Priesterwohnungen im neuen Landes-Krankenhaus. (Überreicht durch Abg. Hagenhofer.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangenden Petitionen beantrage ich, dem Sonder-Ausschusse für Gemeindeangelegenheiten zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 471, des Bezirks-Ausschusses Vornau, um Abänderung der Bestimmungen hinsichtlich der Berechtigung zur Inanspruchnahme der Natural-Verpflegsstationen. (Überreicht durch Abg. Nobič.)“

„Petition Nr. 472, der Stadtgemeindevorstellung Murau, um Schaffung eines Gesetzes, betreffend die Befreiung von den Landesumlagen auf alle in der Gemeinde Murau innerhalb zehn Jahre vom Tage der Sanktion des Gesetzes an vorkommenden, resp. auszuführenden Neu-, Um- und Zubauten. (Überreicht durch Abg. Dr. Link.)“

„Petition Nr. 473, der Stadtgemeindevorstellung Murau, um Schaffung eines Gesetzes, betreffend die Befreiung von der Entrichtung der Gemeindeumlagen auf alle in der Gemeinde Murau innerhalb zehn Jahren, vom Tage der Sanktion des Gesetzes an vorkommenden, resp. auszuführenden Neu-, Um- und Zubauten. (Überreicht durch Abg. Dr. Link.)“

„Petition Nr. 476, der Juliana Majcen in Warasdin, um Verhaltung ihrer Heimatsgemeinde Podgorzen zu der gesetzlichen Armenunterstützung in barem. (Überreicht durch Abg. v. Feyrer.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Sonder-Ausschusse für Gemeindeangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangende Petition beantrage ich, dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 477, der Gemeinden Hofstätten im politischen Bezirke Weiz, Simbach und St. Johann i. d. Heide im Bezirke Hartberg, um Subventionierung des Detailprojektes und moralische und finanzielle Unterstützung des Baues der Bahnstrecke Gleisdorf-Hartberg. (Überreicht durch Abg. Gerlig.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheint diese Petition als dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Seitens des Herrn Abg. Zedlacher ist mir auf telegraphischem Wege die Mitteilung zugekommen, daß er verhindert ist, an der heutigen Sitzung teilzunehmen.

Aufgelegt wurde heute:

Das amtliche Protokoll über die 27. Sitzung der IV. Session in der IX. Landtagsperiode des steierm. Landtages vom 18. September 1907;

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, mit welchem grundsätzliche Bestimmungen für das öffentliche Schlachthaus in Windisch-Feistritz erlassen werden. (Beilage Nr. 297.)

Vor Übergang zur Tagesordnung hat sich Herr Landes-Ausschußbeisitzer Graf Franz Attems zum Worte gemeldet, um eine an den Landes-Ausschuß gerichtete Interpellation beantworten zu können. Ich erteile demselben das Wort.

Landes-Ausschußbeisitzer Graf Franz Attems: Die Herren Abgeordneten Kessel und Dr. Schacherl haben nachfolgende Interpellation an den steiermärkischen Landes-Ausschuß überreicht (liest):

„In der Sitzung vom 22. März 1907 wurde unser Antrag, einige sehr bescheidene Wünsche der landschaftlichen Holzarbeiter dem Landes-Ausschuße zur wohlwollenden Berücksichtigung und zur Berichterstattung über die von ihm getroffenen Maßnahmen zuzuweisen, angenommen, nachdem sich der Herr Landes-Ausschußbeisitzer Graf Franz Attems sehr gern bereit erklärt hatte, alle Punkte einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen und bei der nächsten Gelegenheit dem Landtage hierüber zu berichten.

Da bis heute ein solcher Bericht dem hohen Landtage noch nicht vorgelegt wurde, stellen wir an den Landes-Ausschuß die

Anfrage:

Hat der Landes-Ausschuß den vom Landtage betreffend dieses Punktes gefaßten Beschluß durchgeführt und ist er geneigt, noch in dieser Session einen Bericht darüber zu erstatten?“

Ich beehre mich, diese Anfrage zu beantworten wie folgt:

In der Sitzung vom 22. März 1907 hat der hohe Landtag den Beschluß gefaßt:

„Dem Landes-Ausschuße werden folgende Wünsche der landschaftlichen Forstarbeiter zu wohlwollender Berücksichtigung und zur Berichterstattung über die von ihm getroffenen Maßnahmen zugewiesen:

1. Die Kosten der Bahnfahrt zum und vom Arbeitsplatz werden den Arbeitern und Vorarbeitern ersetzt.

2. Denjenigen, die sich bereits Sonntag oder Feiertag an den Arbeitsort begeben müssen, um recht-

zeitig an die Arbeit gehen zu können, werden je drei Überstunden wöchentlich bezahlt.

3. Jeder Arbeiter und Vorarbeiter hat Anspruch auf das übliche Maß von Deputat Brennholz.

4. Unentgeltlicher Transport von Erkrankten in das Krankenhaus wird bewilligt.

5. Der Lohn wird zumindest monatlich innerhalb der ersten Woche des nächstfolgenden Monats ausbezahlt.

6. Der Landes-Ausschuß wolle eine Revision der Statuten des Kranken- und Altersversorgungsfonds vornehmen und über die Unterstellung der Arbeiter unter die Arbeiter-Unfallversicherung Bericht erstatten.

7. Den Pensionisten wird nebst der Provision ein Wohnraum unentgeltlich gewährt; wo dies nicht möglich ist, erhalten sie einen Wohnungsbeitrag von 30 Kronen jährlich.

8. Arbeitern, die keine landschaftliche Wohnung zu ermäßigtem Zinse haben, wird ein Wohnungsbeitrag von 50 Kronen jährlich bewilligt.“

Der Landes-Ausschuß hat im Gegenstande eingehende Erhebungen im Wege der landesforstlichen Verwaltungen St. Gallen und Admont und über den finanziellen Effekt durch die Landesbuchhaltung eingeleitet.

Diese Erhebungen, sowie die sich daran schließenden Erwägungen sind nahezu beendet und wird der Landes-Ausschuß zweifelsohne demnächst in der Lage sein, über die hinsichtlich der Besserung der Lage der Forstarbeiter zu ergreifenden Maßnahmen schlüssig zu werden und dem hohen Landtage noch in der gegenwärtigen Session anlässlich der für Beginn des Jahres 1908 in Aussicht stehenden Tagung Bericht zu erstatten.

Landeshauptmann: Ist hinsichtlich der erfolgten Interpellationsbeantwortung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es meldet sich keiner der Herren zum Worte, um die Debatte zu beantragen.

Wir gehen nunmehr zur Tagesordnung über.

Der erste Gegenstand derselben ist die Begründung des Antrages der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend die Abänderung des Landesgesetzes über die Naturalverpflegsstationen (Beilage Nr. 262).

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. **Brandl** (L.-G. Judenburg): Hoher Landtag! Bereits in den ersten Tagen, als ich die Ehre hatte, Mitglied in diesem hohen Hause zu sein, habe ich einen Antrag eingebracht auf Abänderung des Gesetzes über die Naturalverpflegsstationen, und zwar aus

dem Grunde, weil überall zur Erntezeit bei den Landwirten Arbeitermangel herrscht und so auch heute noch. Die gewerblichen Gehilfen durften nach damals bestehender Vorschrift und Gesetz außer ihrem Berufe nicht Arbeit nehmen, weil ihnen dann die Wohlthat der Verpflegsstationen entzogen würde. Diese Basis in dem Gesetze der Verpflegsstationen wurde damals dahin abgeändert und heute kann jeder gewerbliche Gehilfe oder Geselle, wenn er in seinem Berufe nicht Arbeit findet, auch in einem anderen Berufe oder in der Landwirtschaft Arbeit nehmen, ohne den Genuß der Verpflegsstation zu verlieren. Man nimmt ja an, früher und wie das bestehende Gesetz ist, wenn ein gewerblicher Gehilfe sechs Wochen oder vielleicht acht Wochen in seinem Berufe nicht arbeitet, dann verliert er den Anspruch auf die Verpflegsstation. Heute könnte er aber ganz ungeniert ein halbes Jahr oder das ganze Jahr bei der Landwirtschaft arbeiten. Es hat sich gezeigt, daß diese Abänderungen nichts geholfen haben: Die Leute, ich möchte sagen, der größte Prozentsatz dieser Reisenden, wollen überhaupt nicht arbeiten.

Die Natural-Verpflegsstationen haben ja gewiß nicht zu unterschätzende Vorteile für die Bevölkerung betreffs Hintanhaltung der Landstreicherei und Bettellei. Diese Landstreicherei und Bettellei ist durch diese Verpflegsstationen bereits auf ein Minimum herabgesetzt worden. Meine Herren, wie jedes andere Gesetz, und wenn es noch so gut ist, mit der Zeit reformbedürftig wird, so ist auch das Gesetz der Verpflegsstationen mit dem heutigen Zeitpunkte ganz gewiß reformbedürftig geworden, und diese Bestimmungen sollen nach meiner Ansicht und nach Ansicht mehrerer Bezirksvertretungen und Verpflegsstationsverwaltungen in der Weise abgeändert und verschärft werden, daß ein gewerblicher Gehilfe nur dann auf die Benützung einer Verpflegsstation Anspruch hat, wenn er eine letzte Arbeitszeit von mindestens einen Monat aufweisen kann, daß er richtig einen Monat gearbeitet hat. Natürlich müssen mutwillige Entlassungen ausgeschlossen werden. Jetzt genügen nach den betreffenden Gesetzesvorschriften schon einige Tage; ich möchte sagen: zwei bis drei Tage nur, braucht der Gehilfe zu arbeiten und es muß dann der Meister die Arbeit in das Büchel eintragen, und er geht wieder auf die Walz, er treibt dieses Vagantenleben, was man heute nicht anders nennen kann, wieder weiter. Speziell im Sommer, wenn man Gelegenheit hat, draußen am Lande in den hintersten Gebirgstälern zu sein, sieht man „Reisende“ von einer Verpflegsstation in die andere ziehen. (Abg. Resel: „Geben Sie ihm nichts, wenn Ihnen darum leid ist!“) Mein lieber Herr

Kollege, wer reisen will, soll Geld mitnehmen, nicht auf Kosten der Steuerträger-Bevölkerung. Speziell im Sommer gibt es eine Menge Vaganten, die es vorziehen, statt zu arbeiten, die paar Stunden, die von einer Verpflegsstation zu der anderen sind, zu marschieren und sich in der Zwischenzeit im kühlen Schatten auszuruhen und den Bauern, der Landbevölkerung und auch den Gewerbetreibenden zuzusehen, wie sich diese abrackern und abschniden müssen. (Rufe: „Sehr richtig!“)

Meine Herren, durch diese Einrichtungen, die in den heutigen Zeitpunkt nicht mehr hineinpassen, wird das Nichtstun und Faulenzen im wahrsten Sinne des Wortes gefördert.

Es gibt ja Burschen, die nicht reisen wollen — reisen vielleicht ein paar Monate, dann arbeiten sie wieder das ganze Jahr fort. Und wenn das bei manchen möglich ist, so ist das bei den meisten möglich. Mit der Zeit kommen sie dann so herab, daß sie überhaupt niemand mehr aufnehmen will, weil ihnen bei der Hose bereits der A . . . herauschaut und bei den Schuhen die Zehen, obwohl man sieht, daß das Gesicht von der Intelligenz abstammt. Ich möchte dazu noch sagen, im großen und ganzen ist bei uns Bauern das Sprichwort üblich, man sagt: „Der stiehlt unserem Herrgott den Tag und den Steuerzahlern und Bauern das Brot.“ Schon der Apostel Paulus hat gesagt: „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen!“ Ich möchte aber noch etwas dazu einflechten, meine Herren. Er hat ja vielleicht auch nicht alles verstanden. Ich möchte hinzufügen, wer arbeitskräftig und gesund ist und nicht arbeiten will, der soll nichts zu essen kriegen, dann wird er gezwungen sein, zu arbeiten. (Abg. Resel: „Dafür sind wir auch.“)

Wenn diese Zeit dann aufhört, die ihm zum Reisen gestattet ist, diese 6 bis 8 Wochen, und wenn er dann sieht, daß er die Vorteile der Verpflegsstationen verliert, dann geht er pro forma her und nimmt ein paar Tage Arbeit an und dann sagt er: „Lieber Meister, wir können nicht ewig beinander bleiben, gib mir mein Büchel,“ und er geht wieder weiter. Dieser Meister hat dann gewiß einen großen Nachteil. Es werden jüngere Leute, die vielleicht die befähigten Lehrbuben waren und die die tüchtigsten Männer hätten werden können, durch dieses Verpflegsstationsleben, wo sie nur verpflichtet sind, so und so lange zu arbeiten und dann wieder Anspruch haben auf die Station, ihres Charakters beraubt, sie gehen moralisch zugrunde.

Wenn diese Vorschriften und Gesetze in dem Sinne verschärft werden würden, wie ich es betont habe, daß jeder eine längere Arbeitszeit nachweisen muß, bevor er auf die Station Anspruch hat, würden sich die Kosten

der Verpflegsstationen bedeutend verringern, denn man muß bedenken, daß, je mehr gereist wird und je größer die Frequenz ist, sich die Kosten erhöhen müssen.

Und endlich ist es ein großer Schaden speziell für die Kleingewerbetreibenden, speziell für die Gewerbetreibenden am Lande, speziell für die Gewerbetreibenden in den hintersten Gebirgstälern. Diese Meister gehen oft genug zur Verpflegsstation, sie können sich schriftlich dahin wenden — der Schuster braucht vielleicht einen Gefellen, der Schneider einen Gehilfen — sie kriegen niemand. Je weiter hinaus auf das Land, desto weniger bekommen sie einen Gehilfen. Jeder Gewerbetreibende möchte seine Kunden befriedigen und möchte sich aufschwingen, aber es ist ihm unmöglich, er muß sich auf seine Hände verlassen, um seine Familie zu erhalten und die Steuern zu zahlen. Es ist ja eine Tatsache, daß auch vielleicht mancher Meister, mancher Gewerbetreibende schuld daran ist, aber größtenteils, meine Herren, ist derjenige, der heute Meister oder Arbeitgeber ist, doch auch zu der Zeit, wo er selbst Arbeiter oder Geselle war, einer der tüchtigsten gewesen, und wie kann man ihm zumuten, daß er, der früher der tüchtigste Geselle oder Arbeiter war, heute, wo er Meister ist, der schlechteste sein soll, wie es immer geschildert wird.

Es ergeht daher an den hohen Landtag die dringende Bitte, in dieser Richtung betreffs der Verpflegsstationen Verschärfungen eintreten zu lassen.

Die Verpflegsstationen kosten, wie wir wissen, dem Lande ungefähr eine Summe von zirka 230.000 K. (Abg. Refel: „Heben Sie sie ganz auf!“) Lieber ganz aufheben, ich bin geschwind dabei. Uns sind die Bettler lieber, weil sie auch wieder arbeiten helfen, als daß wir so viel zahlen sollen. Diese Kosten belaufen sich also auf zirka 230.000 K. Vielleicht ließe sich dieser Betrag auf die Hälfte der Kosten reduzieren, und diesen Betrag — wir wissen ohnedies nicht, wo wir das Geld hernehmen werden, um die neuen Zahlungen zu leisten —, dieses Geld könnte man für eine allfällige Altersunterstützung für landwirtschaftliche Diensthöten oder auch für gewerbliche Gehilfen verwenden, und die Kosten des Landes könnten um ein Bedeutendes verringert werden. Ich glaube, daß wir damit einen besseren, humaneren Zweck verfolgen würden als heute, wo man dafür die jungen Burschen auf der Straße herumlaufen läßt.

Der Antrag, der von mir gestellt worden ist, liegt auf, ich glaube, ihn nicht verlesen zu brauchen, und ersuche das hohe Haus nur, meinen Antrag zu unterstützen.

In formeller Beziehung ersuche ich, diesen Antrag

dem Sonder-Ausschusse für Gemeindeangelegenheiten zuzuweisen.

Abg. Refel (M. W. Graz): Hohes Haus! Der vorliegende Antrag wurde einleitend vom Herrn Antragsteller so begründet, als handle es sich in diesem Antrage darum, den reisenden Handwerksburschen, überhaupt den Naturalverpflegsstations-Anspruchberechtigten eine Wohlthat zu erweisen. Der Herr Antragsteller hat gesagt, es sei ungerecht, daß, wenn ein gewerblicher Arbeiter eine landwirtschaftliche Arbeit nimmt, daß er dann seines Anspruches auf die Verpflegsstation verlustig wird, und er hat in seinen Ausführungen durchleuchten lassen, daß er dafür ist, daß es dem gewerblichen Arbeiter gestattet sei, auch vorübergehend in der Landwirtschaft Arbeit zu nehmen, ohne deshalb seines Anspruches auf die Verpflegsstation verlustig zu werden.

Es liegt mir vollständig ferne, dagegen etwas einzuwenden, es soll selbstverständlich auch den gewerblichen Arbeitern gestattet sein, in der Landwirtschaft zu arbeiten, Arbeit zu nehmen, soferne er sie versteht und er die Arbeit zu leisten vermag. Es gäbe also nach der Richtung hin gegen die Anschauung des Herrn Antragstellers nichts einzuwenden. Aber die Herren werden zugeben müssen, daß das Nachherige der Begründungsrede des Herrn Antragstellers einen ganz anderen Tenor aufgewiesen hat als die Einleitung. Der Herr Antragsteller scheint vor allem anderen das ganze Wesen der Naturalverpflegsstationen nicht zu begreifen, er scheint vor allem anderen nicht zu wissen, daß es eine alte Sitte ist, daß die Handwerksburschen wandern, weil er einen so unendlichen Jorn auf die wandernden Handwerksburschen hat, der sogar die Kühnheit hat, im Sommer, wenn es recht heiß ist, nicht auf der Straße zu laufen, sondern sich niederzulegen.

Der Herr Antragsteller meint, wenn diese Reisenden gezwungen werden würden, in der Landwirtschaft zu arbeiten, so würde dadurch dem Arbeitermangel abgeholfen werden. Nun ich gebe vor allem zu bedenken, daß die meisten dieser gewerblichen Arbeiter von der Landwirtschaft ja gar nichts verstehen, daß sie nichts zu leisten vermöchten. Wenn der Herr Antragsteller sagt, daß auf dem Lande der Gewerbetreibende keine Gehilfen bekommt, so möchte ich aufmerksam machen, daß eine große Zahl von gewerblichen Arbeitern in einer Art gewerblicher Betriebe, sagen wir, wie sie in den entlegenen Landgegenden herrschen, nicht zu arbeiten vermag, weil sie die Arbeiten nicht leisten können und weil das eine ganz andere Arbeit ist, wie sie in den Städten vorkommt. Aber abgesehen von diesen sachlichen Dingen scheint es, daß der Herr Antragsteller und

einige seiner Herren Parteigenossen die ganze Welt am liebsten in ein Zwangsarbeitshaus verwandeln möchten, natürlich nur so weit es die ärmeren Leute betrifft.

Ich bin mit dem, was der Herr Antragsteller sagt, daß die, die nicht arbeiten wollen, auch nicht essen sollen, vollkommen einverstanden, wenn es allgemeine Anwendung findet. Sie dürfen jedoch nicht vergessen, daß jeder Zwang, den sie auf den Arbeiter zum arbeiten ausüben, ein Mittel ist, die Lage, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verschlechtern und das Bestreben, welches Ihre Rede zutage gefördert hat, ist kein neues, sondern ein ziemlich allgemeines, merkwürdiger Weise gerade in jenen Bevölkerungskreisen vorhandenes, die am allermeisten die Preise der Lebensmittel in die Höhe treiben wollen. Dem Arbeiter wollen Sie einerseits hindern, seine Lage zu verbessern, auf der anderen Seite wollen Sie für alles Zollschutz haben, damit nichts eingeführt wird. Wo wir aber, die wir alle Lebensmittel kaufen müssen, das Geld hernehmen, das fragen Sie nicht.

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich möchte den Herrn Redner bitten, sich etwas mehr mit der Frage der Zuweisung des Antrages zu beschäftigen.

Abg. Refel (fortfahrend): Wir stimmen für die Zuweisung dieses Antrages, aber nicht deshalb, weil wir mit dem Inhalte desselben auch nur irgendwie einverstanden sind, sondern um Gelegenheit zu haben, dem Herrn Antragsteller nachzuweisen, welchen Inhalt sein Antrag, wenn man ihn zerpfückt und in seine Teile zerlegt, hat.

(Die Zuweisung des Antrages an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten wird beschlossen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Begründung des Antrages der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend die Gewährung einer Notstandsunterstützung für die durch Lawinen und Überschwemmung geschädigten Besitzer der Gemeinde Kleinlobming im politischen Bezirke Judenburg (Beilage Nr. 264).

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. Brandl (L.-G. Judenburg): Hohes Haus! Am 20. Mai l. J. ging im hintersten Gebirgsteile der Gemeinde Kleinlobming ein Wolkenbruch nieder, welcher das Bachbett einriß und Gemeindewege sowie auch Privatwege wegriß. Erdlawinen sind dabei abgegangen und es wurden mehrere Bauern und Knechtler dadurch hart getroffen, und dieses Unglück war umso schwerer, weil die Mehrzahl der Betroffenen verschuldet

und arme Besitzer sind. Einem der Betroffenen passierte dieses Elementarereignis schon wiederholt, ohne daß derselbe bis heute mit einer Notstandsunterstützung geteilt wurde, und zwar aus dem Grunde, weil aus dem Wortlaute „Notstandsunterstützung“ hervorgeht, daß man solche Besitzer, welche noch nicht in der Notlage sind, noch nicht unterstützen sollte, und daß diese Gnade absolut nur der ärmsten Klasse zufällt. Meine Herren, denken wir uns aber, wenn einem Besitzer ein solches Unglück fünf-, sechsmal, fünf, sechs Jahre nacheinander trifft, dann ist es auch an der Zeit, daß man auch einem solchen eine Unterstützung angebeihen läßt. Ich kann mich nicht verschließen, damit dieser Bauer auch verzeichnet wird, den Namen zu nennen, und das ist der Paul Pfandl in Kleinlobming. Dieser Bauer ist noch gut situiert, das kann man nur seinem Fleiße und seiner Ausdauer zurechnen. Dieser Bauer ist oben, der letzte unter der Alm, er bildet die Schutzwehr zwischen Bauernstand und zwischen Alm, und wenn man einem solchen Besitzer nicht endlich auch unter die Arme greift und eine Unterstützung zukommen läßt, dann wird er verkaufen müssen: ein Bauerngut, wo heute noch bis 20 Personen existieren und 50 bis 60 Stück Vieh gefüttert werden, ist wieder geschwunden, das Wild weicht wieder näher ins Gebirgstal herunter. Ich glaube, es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, daß man endlich einem solchen Besitzer eine Unterstützung angebeihen läßt, der sich so lange festhält, der sozusagen wetterfest ist und nicht zurückweicht trotz Verheerungen und Erlebnissen, die er unter der Alm aushalten muß.

Meine Herren! Heute wird viel gesprochen, daß der Bauer eine Unterstützung erhalten muß, daß ihm unter die Arme gegriffen werden muß. Wenn wir nicht wollen, daß die Bauern zurückweichen von der Peripherie, so müssen solche Bauern vom Staate und vom Lande subventioniert werden. Mit dem Versprechen allein ist nicht viel gebient.

Meine Herren! Ich war selbst dabei bei den Erhebungen dieser Witterschäden. Der Gesamtschaden der Gemeinde Kleinlobming wurde rund gerechnet auf 3500 Kronen. Wie ich schon erwähnt habe, ist es keine so hohe Summe. Diese Summe trifft nur arme Knechtler und solche, die wiederholt von Elementarereignissen heimgesucht wurden.

Ich hätte vielleicht gar keinen Antrag eingebracht betreffs der Gemeinde Kleinlobming, weil schon der Herr Abg. Schoiswohl die Gemeinde Kleinlobming in seinen Antrag einbezogen hat und dabei auch die Gemeinde Nachau berührte.

Ich erachte es vollkommen als Christenpflicht, daß man überall die Wahrheit spricht. Herr Kollege

Schöiswohl hat in seinem Antrag gesagt, daß die Gemeinden Kleinlobming und Nachau einen Schaden von 8000 Kronen haben. Ich bin durch amtliche Quellen und aus eigenem Dortsein überzeugt, daß der beiderseitige Schade 4500 Kronen ausmacht. Es liegt mir ferne, nachzufragen, woher Herr Abg. Schöiswohl seine Information erhalten hat. Ich glaube, das Nötige gesagt zu haben, und ersuche nur, das hohe Haus möge diesen meinen Antrag würdigen und unterstützen und in formeller Beziehung ersuche ich, diesen meinen Antrag, der im Druck ausliegt, dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen.

(Die Zuweisung des Antrages an den Finanz-Ausschuß wird beschlossen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Begründung des Antrages der Abgeordneten Roßkar und Genossen, betreffend die Fortsetzung der Pöbknitzregulierung in der zweiten Baustraße und die Ablösung, respektive Beseitigung der am alten Flußarme bestehenden Mühlen

(Beilage Nr. 265).

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. **Roßkar** (L.-G. Marburg): Hoher Landtag! Den vorliegenden Antrag, Beilage Nr. 265, habe ich auf ausdrückliches Verlangen meiner Wähler aus dem Pöbknitztale eingebracht. Ich zweifle nicht, daß die Pöbknitzregulierung in der zweiten Baustraße gleich der ersten und dritten Baustraße nach Abschluß der diesbezüglichen Vorstudien zur Durchführung gelangen wird; jedoch dürften diese Regulierungsbauten noch eine Reihe von Jahren für sich in Anspruch nehmen. Da sich aber die Überschwemmungsgefahren in den noch unregulierten, durch den viel rascheren Wasserzufluß aus der bereits fertiggestellten ersten Baustraße bedeutend erhöht haben, erscheint es dringend notwendig, daß die ganz außerordentlichen Wassersperren, welche sich im oberen Teile der zweiten Baustraße befinden, ehestens beseitigt werden.

Die Entfernung aller Mühlen, beziehungsweise deren Wehren, welche dazu bestimmt sind, ist ehemöglichst durchzuführen, da nur dadurch eine Vertiefung der Flußsohle bewirkt werden kann. Weiters sind mehrere Krümmungen des Flußlaufes, welche an einigen Stellen Wiesengründe im Umfange von zwei bis drei Hektar umschließen und in einer Entfernung von nur wenigen Metern zur oberen Stelle des Flusses zurückgelangen, somit offensichtlich die Überschwemmungen geradezu herbeiführen. Der Durchstich solcher, wie gesagt, nur wenige Meter betragenden Strecken könnte gewiß mit ganz unbedeutenden Kosten leicht durchgeführt werden

und würde bis zur Vollenendung der Pöbknitzregulierung einen natürlichen Wasserabfluß zur Folge haben, die Überschwemmungsgefahr bedeutend vermindern und der dortigen Bevölkerung zum Nutzen gereichen. Aus dem Umstande, daß die Pöbknitz derzeit bei jedem größeren Regen infolge dieser besagten Hindernisse nicht nur die nahen Wiesen und Felder übersflutet und deren Ertrag vernichtet, sondern auch die neu angelegte Bezirksstraße zweiter Klasse von St. Leonhard W.-B. nach St. Ruprecht W.-B. der steten Zerstörungsgefahr ausgesetzt ist, glaube ich, daß hierin hinreichende Gründe für die Beseitigung der genannten Überschwemmungsursachen vorhanden sind.

Somit bitte ich das hohe Haus, diesem meinem Antrage zuzustimmen, und ersuche, in formeller Beziehung den Antrag dem Landeskultur-Ausschusse zuzuweisen.

(Die Zuweisung des Antrages an den Landeskultur-Ausschuß wird beschlossen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Begründung des Antrages der Abgeordneten Georg Daniel und Genossen, betreffend die Errichtung einer Bürgerschule für Knaben und Mädchen in Eggenberg

(Beilage Nr. 274).

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. **Daniel** (L.-G. Umgebung Graz): Hoher Landtag! Der vorliegende Antrag, welchen ich samt meinen Genossen eingebracht habe, hatte den Zweck, in der Marktgemeinde Eggenberg eine Bürgerschule für Knaben und Mädchen zu errichten, und begründe ich diesen Antrag mit folgendem:

In den letzten Wochen konnte man aus den Berichten der Grazer Tagesblätter ersehen, daß zwischen der Stadt Graz und den Gemeinden der Umgebung hinsichtlich Einschulung auswärtiger Schüler in die städtischen Bürgerschulen Verhältnisse obwalten, welche alles andere, nur nicht geordnete zu bezeichnen seien. Der Bezirks-Ausschuß Umgebung Graz, welcher für die Einschulung auswärtiger Bürgerschüler seinerzeit jährlich den Betrag von 2000 K dem Stadtschulrate beigetragen hat, wurde im Verlaufe der Jahre mit diesem Betrage auf 3000 K und im laufenden Jahre nach langwierigen Verhandlungen auf 5000 K erhöht. Auf 5000 K und auch dies nur auf die Dauer eines Schuljahres.

Der Bezirks-Ausschuß Umgebung Graz sah sich infolge dieses unerwarteten Vorgehens des Stadtschulrates Graz demselben vollkommen ausgeliefert, und um allen weiteren PreSSIONen zu entgehen, glaubte er den richtigen Ausweg darin zu finden, daß er sich an die

größte Umgebungs-Gemeinde Eggenberg mit dem Ersuchen gewendet hat, ihm zu erklären, ob die Unterbringung der ersten Bürgerschulklassen in den Schulgebäuden von Eggenberg möglich wäre. Die Marktgemeinde-Vertretung von Eggenberg hat daher in der Sitzung vom 26. Juli 1907 den Beschluß gefaßt, nötigenfalls ohne Verzug die Mittel zur Errichtung von Bürgerschulklassen zu bewilligen und mit allen Kräften dahin zu wirken, daß einem Provisorium auch das Definitivum unter allen Umständen folge. Ebenso hat der Ortsschulrat Eggenberg in der Sitzung vom 29. Juli 1907 beschlossen, mit Beginn des Schuljahres 1907/08 die erste Bürgerschulklasse — für Knaben und Mädchen getrennt — provisorisch zu errichten und die notwendigen Lehrmittel zu beschaffen. Die Beschlüsse, betreffend die Errichtung der ersten provisorischen Bürgerschulklassen, sind nun illusorisch geworden, weil ob Kürze der Zeit und im Interesse der Umgebungs-Gemeinden der Bezirks-Ausschuß genötigt war, auf die Dauer eines weiteren Schuljahres mit dem Stadtschulrate das Abkommen zu treffen.

Angesichts der geschilderten unhaltbaren Verhältnisse, welche zwischen Stadt und Umgebung bestehen, hat der Ortsschulrat Eggenberg an den hohen Landtag ein wohlbegründetes Ansuchen gerichtet, daß demselben eine öffentliche Doppelbürgerschule mit Beginn des Schuljahres 1908/09 bewilligt werde. Die aufstrebende Markt-, zugleich Schulgemeinde Eggenberg hatte, nach den Berichten der Volksschulleitung Eggenberg, schon vor zwei Jahren ein dreijähriges, für die Bürgerschule reifes Durchschnittsmaterial von 125 Schülern. Hievon entfiel damals auf Knaben die Zahl 82, auf Mädchen die Zahl 43. Durch die unerwartete Verbauung in den letzten beiden Jahren hat die Schülerzahl in solchem Maße zugenommen, daß zu den beiden Knabenvolksschulen im Laufe dieses Jahres als drittes Volksschulgebäude die Mädchenschule in der Karl Morre-Straße errichtet werden mußte. Nach den letzten Schulbeschreibungen wurden für das kommende Schuljahr für die 5. und 6. Klasse 293 Knaben und 167 Mädchen verzeichnet. Wenn man nur die Hälfte dieser Schülerzahl als zum Eintritt in eine Bürgerschule befähigt annimmt, so ergibt sich für die erste Bürgerschulklasse ein Mindestmaterial von 146 Schülern und 83 Schülerinnen. Die Zahl der letzteren wird sich durch die Eröffnung der neuen Mädchenvolksschule zweifellos wesentlich erhöhen. In diesen authentischen Ziffern liegt der unumstößliche Beweis für die dringliche Notwendigkeit einer öffentlichen Bürgerschule in Eggenberg. Um diesen Aufschwung in der Schülerzahl begreiflich zu machen, sei erwähnt, daß in den letzten

Jahren in Eggenberg über 130 größere Wohnobjekte entstanden und daß sich die Einwohnerzahl seit der Volkszählung von 9600 auf 13.000 vermehrt hat. Mit dieser Vermehrung muß auch die lokale Schulbehörde in volksbildlicher Hinsicht gleichen Schritt halten und sich bestreben, das lokale Schulwesen möglichst zu vervollkommen.

Es sei noch gestattet, zu bemerken, daß der Großteil der Eggenberger Bevölkerung der Arbeiterschaft angehört und diese ihre Kinder in den verschiedenen Gewerben ausbilden lassen. Eine Bürgerschule wird bei diesen Verhältnissen gewiß freudigst begrüßt und kaum irgendwo wird ihre segensreiche Wirkung so schöne Früchte tragen wie im industriereichen Eggenberg.

Mit Hinweis auf die großen Opfer, welche die Schulgemeinde Eggenberg zur Vervollkommenung ihres Schulwesens schon gebracht hat und noch zu bringen bereit ist, wolle das berechtigte und begründete Ansuchen des Ortsschulrates Eggenberg nach einer vierklassigen Doppelbürgerschule einer dringlichen und wohlwollenden Erledigung zugeführt werden.

In formeller Beziehung bitte ich, diesen wohlbegründeten Antrag dem Unterrichts-Ausschusse zuzuweisen, welchen ich um eine wohlwollende Erledigung bitte.

(Die Zuweisung des Antrages an den Unterrichts-Ausschuß wird beschlossen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Begründung des Antrages der Abgeordneten Schoiswohl, Hagenhofer, Rokitsansky und Genossen, betreffend die Schaffung eines Altschulgesetzes (Beilage Nr. 282).

Es wurde mir soeben mitgeteilt, daß der Herr Abg. Schoiswohl nicht im Hause anwesend ist, und wurde ersucht, diesen Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abzulegen. Wird hiegegen ein Einwand erhoben? (Nach einer Pause.) Es ist das nicht der Fall.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

Begründung des Antrages der Abgeordneten Burger und Genossen, betreffend die notwendige Unterstützung der durch Hochwasser schwer geschädigten Grund- und Hausbesitzer im politischen Bezirke Leoben (Beilage Nr. 287).

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. **Burger** (L.-G. Leoben): Hohes Haus! Ich habe die Ehre, meinen eingebrachten Antrag, betreffend die notwendige Unterstützung der durch Hochwasser ge-

schädigten Besitzer im politischen Bezirke Leoben, zu begründen.

Im heurigen Frühjahr, als es zur Schneeschmelze kam und sich hiezu noch heftige Regengüsse gesellten, wurden die an der Mur und Liesing sowie an den Seitenarmen dieser Gewässer gelegenen Ortschaften und Besitzungen von einer verheerenden Überschwemmung heimgesucht. Große Flächen des besten Kulturlandes wurden teils fortgerissen, teils mit Schotter und Gerölle bedeckt.

Besonders schweren Schaden erlitten die Gemeinden Kallwang, Mautern und Kammern sowie auch Niederdorf. Vielen Grundbesitzern hat das Hochwasser die erhoffte Heuernte ganz vernichtet und sie somit um die einzige aus der Viehzucht zu erwartende Einnahme gebracht. Auch das Winter- und Sommergetreide wurde auf den Feldern vernichtet und vielfach samt dem Erbreich fortgeschwemmt zc. Von einer Ernte in den durch dieses Unglück heimgesuchten Gegenden kann nach alledem nicht die Rede sein.

Daß hiebei auch die Kommunikationen außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen wurden, ist selbstverständlich.

Besonders die Gemeinde Kallwang ist beim heurigen Hochwasser sehr stark heimgesucht worden. Der Teichenbach richtete innerhalb acht Tagen eine derartige Verwüstung an, daß sämtliche Kräfte, sowohl Militär und Sträflinge und die Gemeinden daran gehen mußten, um ein noch größeres Elend zu verhindern. Eine größere Verheerung fand dadurch statt, daß in die Häuser bis zum ersten Stockwerk das Wasser eindrang und dieselben für längere Zeit geräumt werden mußten. In Kallwang hatten Erdlawinen Aufschungen verursacht und durch anhaltende Regengüsse und durch die Schneeschmelze wird es im nächsten Frühjahr wieder zu Abrutschungen kommen. Wenn da nicht gleich eine Wildbachverbauung vorgenommen wird, so dürfte es zu einer zweiten, schlimmeren Katastrophe kommen als bei der ersten. Die Gemeinde Kallwang hat mir gestern telegraphiert, heute hat sie mir einen Brief geschrieben, worin sie sagt, daß damals von der behördlichen Kommission an Se. Exzellenz den Herrn Statthalter, den Landes-Ausschuß u. s. w. herangetreten wurde, sobald als möglich diese Wildbachverbauung vornehmen zu lassen. Der Herr Ritter v. Guttmann hat sich damals schon bereit erklärt bei der Kommission, daß er das Geld vorstrecke, wenn die Verbauung in Kürze vorgenommen werde. Obwohl der Landes-Ausschuß davon Kenntnis hat, sind bis heute jedoch keine weiteren Schritte getan worden. Es wäre selbstverständlich von großer Wichtigkeit, daß die Sache je eher desto

besser in Angriff genommen werde. Ich glaube, daß die Herren gewiß eine zweite Katastrophe nicht wünschen und daß doch die Herren die Verantwortung tragen, wenn die Verbauung nicht gleich in Angriff genommen wird. Ich glaube daher, daß der Landes-Ausschuß in absehbarer Zeit sich die Mühe nehmen wird, die Sache zu untersuchen und ehestens die Verbauung vorzunehmen.

In der Gemeinde Mautern ist auch ein Hochwasser niedergegangen, was den angrenzenden, am Bache liegenden Grundbesitzern schweren Schaden zugefügt hat. Es wurde das ganze Geröll herabgeschwemmt, hat sich bei der Bahn verlegt und ist der Bach voll geworden, sodaß die Bahn, die Straße und der Markt sehr gefährdet waren. Ich möchte daher auch da ersuchen, daß möglichst rasch eine Wildbachverbauung vorgenommen werde.

In der Gemeinde Kammern beim Karolinenhof sind sieben Besitzer in Mitleidenschaft gezogen worden, die einen Schaden von zirka 40.000 Kronen erleiden. Auch dort ist die Bahn, die Straße usw. in Gefahr. Der Wildbach, der in die Liesing fließt, ist zu verbauen. Wenn das Geröll vom höchsten Gebirge herunterkommt und keine Wildbachverbauung zustande kommt, so ist es auch selbstredend, daß auch die Liesing austritt und austreten muß und bei den angrenzenden Besitzern große Verheerungen anrichtet.

Ebenso ist es in der Gemeinde Niederdorf. Schon vor drei Jahren habe ich einen Antrag eingebracht, worin ich betont und begründet habe, daß sobald als möglich eine Murverbauung vorgenommen werden muß. Es ist nämlich zirka 130 oder 140 m oberhalb ein Murbau und weiter unten, zirka 800 m auch einer und in der Mitte, wo das scharfe Eck der Mur sich in Serpentinien herumtreibt, ist keiner, und die Sache ist so gefährdet, daß es den Niederdorfern einen ganzen Grund von zirka 40 Joch wegreißen konnte und daß in der weiteren Folge der untere Murbau auf das linke Ufer zu stehen kam.

Ich möchte daher dringend gebeten haben, daß der Landes-Ausschuß für diese oberen, an die Liesing angrenzenden Besitzer das Nötige vorsehrt, um diese Verbauung baldigst durchzuführen und daß er sich mit der k. k. Regierung ins Einvernehmen setzt, damit den durch das Hochwasser heimgesuchten Gemeinden und Hausbesitzern im Bezirke Leoben eine ausreichende Unterstützung aus Staatsmitteln zuteil werde und diese Aktion nach Tunlichkeit aus Landesmitteln unterstützt werde, ferner, daß alle Schritte eingeleitet werden, die notwendig sind, um die Schäden an den Kommunikationen zu beheben. In formeller Beziehung ersuche ich,

diesen meinen eingebrachten Antrag dem Finanz-Ausschusse zuzuweisen.

(Die Zuweisung dieses Antrages an den Finanz-Ausschuß wird beschlossen.)

Landeshauptmann: Der Herr Abg. Dr. Schacherl hat mich in Kenntniss gesetzt, daß er beabsichtigt, auf die Begründung des Antrages Beilage Nr. 291,

betreffs Lohnerhöhung und sonstige Wünsche der landwirtschaftlichen Forstarbeiter,

zu verzichten und bittet, diesen Antrag im kurzen Wege dem Finanz-Ausschusse zuzuweisen.

Nachdem dieser Antrag aber erst von den beiden Abgeordneten Dr. Schacherl und Resel gefertigt ist, muß ich, bevor ich mich in der Zuweisungsfrage an das hohe Haus wende, die Unterstützungsfrage stellen.

(Der Antrag wird genügend unterstützt und die Zuweisung desselben an den Finanz-Ausschuß beschlossen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen des Josef Freismuth, Liquidators der Landes-Versorgungs-Anstalten-Verwaltung, um Beförderung in die VIII. Rangsklasse

(Beilage Nr. 208).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **v. Fehrer:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses in Angelegenheit des Krankenhaus-Neubaus in Hartberg

(Beilage Nr. 289).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Robič:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Abänderung des § 19 der Feuerlöschordnung für das Herzogtum Steiermark mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz, vom 23. Juni 1886,

L.-G. u. B.-Bl. Nr. 29

(Beilage Nr. 292).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. **Hofmann v. Wellenhof:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage der Entwürfe 1. eines Gesetzes, mit welchem grundsätzliche Bestimmungen für die öffentliche Wasserleitung in der Marktgemeinde Schladming und 2. eines Gesetzes, betreffend die Herstellung von Kanälen zur Ableitung der Niederschlags- und Abfallwässer, sowie die Entrichtung einer Gebühr für die Einschlauchung der Haus- und Gebäudekanäle in die öffentlichen Kanäle in der Marktgemeinde Schladming im gleichnamigen Gerichtsbezirke

(Beilage Nr. 293).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **v. Fehrer:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Gesetzentwurfes, betreffend die Verbanung des Flitzenbaches

(Beilage Nr. 294).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Stallner:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Landeskultur-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des steierm. Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Ablösung der Jagdreservate (Beilage Nr. 295).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Stallner:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Landeskultur-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des steierm. Landes-Ausschusses, betreffend die Abänderung des in Angelegenheit der Fortsetzung der Lokalbahn Gleisdorf—Weiz bis Anger am 24. November 1905 vom Landtage gefaßten Beschlusses (Beilage Nr. 296).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Stallner:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Eisenbahn-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl eines Mitgliedes an Stelle des Abg. Berger in den Landeskultur-Ausschuß.

Ich bitte die Herren, sich mit Stimmzettel zu versehen, ich werde dieselben sodann einsammeln lassen.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Skrutiniums.) Bei diesem Wahlgange wurden 42 Stimmzettel abgegeben. 39 Stimmen entfielen auf Herrn Abg. Schöiswohl, der somit gewählt erscheint. 3 Stimmzettel waren unbeschrieben.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Landeskultur-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Roßkar, Dr. Jančovič und Genossen, Beilage Nr. 111, betreffend den Schutz und die Förderung der heimischen Viehzucht (Beilage Nr. 206).

Berichterstatter ist der Herr Abg. Dehne, welchen ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Landeskultur-Ausschusses **Dehne** (von der Tribüne): Hohes Haus! Ich habe die Ehre,

namens des Landeskultur-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Roßkar, Dr. Jančovič und Genossen, Beilage Nr. 111, betreffend den Schutz und die Förderung der heimischen Viehzucht (Beilage Nr. 206), dem hohen Hause Bericht zu erstatten. In der zwölften Sitzung des hohen Landtages in diesem Jahre haben die genannten Abgeordneten einen Antrag eingebracht, dem zufolge an die Regierung herangetreten werden soll, die Grenzen von Serbien, Rumänien und Rußland auch fernerhin geschlossen zu halten und alle jene Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind, eine Fortentwicklung unserer Viehzucht herbeizuführen. Da das Gedeihen unserer Viehzucht und die Erzielung akzeptabler Viehpreise eine Lebensbedingung für unsere Landwirte bedeutet, so sind die Agrarier Österreichs gezwungen, zum Schutze unserer Viehbestände vor der heute schon bestehenden Seuchengefahr auf den hermetischen Abschluß der Grenzen der arg verseuchten Länder Serbien, Rumänien und Rußland auch fernerhin mit allem Nachdruck zu bestehen. Diese Tatsache wurde auch in allen maßgebenden Körperschaften, in diversen Enqueten und zahlreichen Versammlungen eingehend besprochen und begründet. Erwiefernmaßen wurde der heimische Fleischkonsum seit der Grenzsperrung bisher durch eigenes Vieh vollkommen gedeckt. Dennoch stehen die heutigen Viehpreise, welche trotz der Sperrmaßregel bedeutend gesunken sind, mit den ganz ungerechtfertigt hohen und willkürlich gebildeten Fleischpreisen, welche die Konsumenten den Fleischern bezahlen müssen, in keinem richtigen Verhältnis. Demnach unterliegt es keinem Zweifel, daß die vielfach in der Öffentlichkeit in peinlichster Weise erörterte Fleischfrage mit der direkten Hebung unserer Viehzucht und einer dadurch herbeizuführenden intensiven Steigerung unserer Fleischproduktion einer dauernden und günstigen Lösung zugeführt werden könnte.

Als Maßnahmen, welche zur Hebung der Viehzucht als geeignet erscheinen würden, wären in Kürze folgende zu nennen: Erhöhung der Staatssubventionen für Alpmeliorationen und Weideverbesserung, dann für Prämien für Stierlizenzierungen und Rinderschauen, für Ankauf von Subventionsstieren, zur Unterstützung der Viehzucht- und Stierhaltungs-Genossenschaften, für Stallverbesserungen und Errichtung von Musterstallungen, für die Vermehrung der Wanderlehrer zur ausgiebigen Unterstützung der Landesschulen, für Subventionierung gut geleiteter Wirtschaften behufs Ausbildung von Viehwärtern, Alp- und Weidemeistern, für Förderung des Wiesen- und Futterbaues, Maßnahmen zur Verbilligung von Kraftfutter und Düngemitteln, schließlich Ausgestaltung des kulturtechnischen Bureaus

und hauptsächlich Erhaltung der Alpen durch gesetzliche Maßnahmen. Meine Herren! Aus der Interpellationsbeantwortung unseres Ackerbauministers am 5. Juli d. J. geht klar und deutlich hervor, daß Se. Excellenz der Herr Ackerbauminister fest entschlossen ist, die veterinäre Maßregel, betreffend die Grenzsperrung, unter jeder Bedingung aufrecht zu erhalten und auch geeignete Aktionen zur Hebung unserer Viehzucht und Vermehrung unserer Viehbestände einzuleiten. (Rufe: „Bravo!“)

Meine Herren! Wir haben allen Grund, dem heute im Amt stehenden Ackerbauminister, dem wir Agrarier Dank und Anerkennung schuldig sind, auch das größtmögliche Vertrauen entgegenzubringen. Solange Graf Auersperg am Ruder ist, ist keine Gefahr im Verzug. (Rufe: „Bravo!“) Auch den im Reichsrate vertretenen Agrarparteien können wir Vertrauen entgegenbringen, insbesondere dann, wenn es sich um Abstimmungen handelt, welche die wirtschaftlichen, vitalsten Interessen der Landwirte betreffen. Dennoch, meine hochgeehrten Herren, ist Vorsicht und Wachsamkeit von Seite der Agrarier dringend geboten, da doch durch eine eventuelle Rekonstruktion des Kabinetts oder durch ein allfälliges Zustandekommen eines serbischen Handelsvertrages zu mindestens unerwartete Veränderungen für die Landwirte in Österreich eintreten könnten, über die ich mich des Näheren nicht aussprechen will. Jedenfalls ist der Landeskultur-Ausschuß sehr damit einverstanden und findet es sehr empfehlenswert, daß diese soeben erteilten vitalsten und schwerwiegendsten Interessen der Viehzüchter auch im steiermärkischen Landtage in entsprechender Form zum Ausdruck gelangen.

Ich stelle deshalb namens des Landeskultur-Ausschusses den fast mit den Antragstellern gleichlautenden Antrag und weise darauf hin, daß dieser Antrag eingehendst im schriftlichen Berichte begründet ist, der schon seit Monaten in den Händen der hochgeehrten Herren sich befindet. Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, an die k. k. Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die veterinären Sperrmaßnahmen gegenüber den Balkanstaaten und Rußland aufrecht zu erhalten und alle für die Entwicklung unserer heimischen Viehzucht erforderlichen Förderungsmaßnahmen zu treffen.“

Abg. **Reisel** (N. W. Graz): Hoher Landtag! Der in Verhandlung stehende Antrag hat einen Inhalt, mit dem man sich einverstanden erklären könnte, weil gewiß niemand, auch der enrangierteste Vertreter der Industrie nichts einzuwenden vermag, wenn die heimische Viehzucht vor der Verseuchung gesichert werden soll. Ebenso

liegt es im Interesse der städtischen und bäuerlichen Bevölkerung, wenn die Viehzucht im Lande gehoben wird. Es ist aber eine bekannte Tatsache, daß bei uns die Grenzabspernungen zumeist mit der Begründung, daß im Auslande Viehseuchen sind, stattfinden. Dagegen, daß die Viehseuchen nur ein Deckmantel für die Absperrungsmaßregel bildet, muß sich jeder, der das Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung vertritt, wenden, und zwar deshalb, weil es doch allbekannt ist, daß in den letzten Jahren die Fleischpreise eine derartige Preissteigerung erfahren haben, daß es nicht bloß den minderbemittelten, sondern auch selbst den besser bemittelten Bevölkerungsschichten unmöglich ist, Fleisch zu konsumieren. Ich hoffe, daß unser Herr Ackerbauminister für diese Absperrungsmaßregel nur dann ist, wenn wirklich die Gefahr vorhanden ist, daß eine Seuche eingeschleppt werden könnte.

Daß die Viehseuchen nicht in dem Maße im Auslande existieren, wie bei uns seitens der Agrarier immer behauptet wird, geht schon aus dem hervor, weil sonst im Auslande schon kein Vieh mehr vorhanden sein könnte, es infolge der argen Verseuchung zugrunde gegangen sein müßte.

Nun, meine Herren, möchte ich aber noch ein paar Worte hinsichtlich des Herrn Ackerbauministers verlieren. Der Herr Berichterstatter hat den Herrn Ackerbauminister als den Besten aller Besten hingestellt und hat erklärt, solange dieser Ackerbauminister auf seinem Posten ist, ist die Landwirtschaft außer aller Gefahr, weil er versprochen hat, er wird alles machen, damit ja die Grenzen nicht geöffnet werden. Ich möchte die Herren aufmerksam machen, daß der derzeit im Amte befindliche Ackerbauminister seinerzeit Handelsminister war und daß er als Handelsminister einen ganz anderen Standpunkt eingenommen hat als wie er jetzt als Ackerbauminister einnimmt. Es ist daher die Gewähr, daß er nicht wieder einmal anderer Anschauung wird, denn doch nicht vorhanden. Es hat auf mich den Eindruck gemacht, als handle es sich neben der Hebung der Viehzucht gleichzeitig um die Erhaltung des Herrn Ackerbauministers. Für die Kundigen ist es ja klar, wohin das zielt, weil ja bekanntlich in der letzten Zeit immer und immer wieder die Nachricht aufgetaucht ist, daß unser Herr Ackerbauminister durch irgend einen anderen der Herren ausgewechselt werden soll, daß nämlich einige der Herren Oberagrarien erwarten, daß der Herr Ackerbauminister ihnen Platz zu machen habe. Ich will mich in diese interne Frage der Herren Agrarier nicht weiter einlassen, aber ich glaube denn doch, daß es notwendig ist, daß das aufgezeigt wird. Wir würden für den Antrag ohne Bedenken stimmen, wenn wir voraussetzen könnten, daß es sich bei den Absperrungsmaßnahmen

tatsächlich bloß um die Hintanhaltung der Viehseuche handelt. In Bezug auf die Förderung der heimischen Viehzucht würden wir nicht den allergeringsten Anstand machen, dafür zu stimmen, weil es gerade wünschenswert erscheint, daß die heimische Viehzucht gehoben werde, aber nicht gehoben auf Kosten der Allgemeinheit und nicht gehoben wird, indem man der Bevölkerung das Fleisch verteuert, sondern gehoben wird in einer Weise, daß wirklich die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft nach der Richtung hin sich steigert.

Abg. Klammer (G.-G.-B.): Hohes Haus! Auf die Ausführungen des Herrn Abg. Kessel möchte ich mir gestatten, zunächst zu konstatieren, daß er selbst zugestanden hat, daß er für die Grenzsperrre sprechen würde und damit einverstanden sei, wenn er überzeugt wäre, daß diese Sperre nur dann vorgenommen würde, wenn die Seuche im Auslande herrscht. Ich glaube, über das können wir ganz ruhig sein, daß nur gesperrt wird, wenn die Seuchen tatsächlich vorhanden sind, aber besser gesagt, in Rumänien, Rußland und Serbien hören die Seuchen überhaupt nicht auf. Es ist das gar kein Beweis, den der Herr Abg. Kessel gebracht hat, daß die Tiere alle durch die dortige Verseuchung zugrunde gegangen sein müßten; das ist nicht richtig, weil das dortige Vieh bereits durchseucht ist, daher gegen weitere Erkrankung immun geworden ist. Trotzdem kann durch diese Tiere die Verschleppung über die Grenze gebracht werden. Es gibt nur ein Mittel, den Viehstand vor der Seucheneinschleppung zu bewahren, das ist die absolute Absperrung der Grenzen. Es sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, um diesen Seuchenschutz aufrecht zu erhalten. Man sagt, genaue tierärztliche Untersuchung an der Grenze; das hat aber keinen Wert, denn das Tier kann scheinbar vollkommen gesund sein, es trägt aber doch den Keim der Seuche schon in sich, und es würde die Seuche doch herüber gebracht werden. Ein weiterer Vorschlag, der, wie ich glaube, von der sozialdemokratischen Partei gemacht wurde, ist der, daß man die Tiere an der Grenze genau untersucht, dann in geschlossenen Wagen das Schlachtvieh an die Schlachthäuser der Großstädte und Industriezentren zum Zwecke sofortiger Schlachtung transportiert. Abgesehen davon, daß es eine bedeutende Gefahr ist, das eventuell verseuchte Vieh einem weiten Transporte zu unterziehen, indem die Durchzugsgegenden doch einer gewissen Ansteckungsgefahr ausgesetzt sind, solange die größte Gefahr der Ansteckung in der Benützung von Viehtransportwagen gelegen ist. Vor circa 2 Jahren ist in der Wiener landwirtschaftlichen Zeitung eine Serie von Artikeln erschienen, die sich mit der Desinfektion der Eisenbahnwagen beschäftigt haben. In diesen Artikeln

haben hervorragende Sachkenner und Bakteriologen ihre Ansichten niedergelegt und sind übereinstimmend zu dem Ausspruche gelangt, daß es heute eine praktisch durchführbare, absolut sichere Desinfektion für die Viehwagen nicht gibt. Welche Gefahr aber diese verseuchten und mangelhaft desinfizierten Viehwagen bieten können bei der weiteren Benützung, das, meine Herren, werden Sie wohl alle selbst wissen. Ein weiteres Mittel ist vorgeschlagen worden, das ist der Import von Fleisch. Gerade die letztere Zeit hat gezeigt, welche Gefahren durch den Import hervorgerufen werden können; durch Pferdehaare aus Rußland ist der so gefährliche Milzbrand nach Wien eingeschleppt worden, jedenfalls waren die Haare auch desinfiziert, aber trotz der Desinfektion ist es nicht gelungen, die Milzbrandsporen zu töten, und hat dieser Vorgang leider auch einige Menschenleben gekostet. Die Blattern sollen nach Wien durch Federn eingeschleppt worden sein. Häute, Felle, Haare, Federn scheinen leicht desinfizierbar zu sein. Das Vorkommnis beweist aber, daß das nicht der Fall ist.

Viel gefährlicher wäre der Import von Fleisch, das nicht desinfiziert werden kann. Es gibt daher keinen anderen Schutz vor den Seuchen, als eine absolute Absperrung der Grenzen, und dies ist unbedingt notwendig, wenn wir den Viehstand vor Verseuchung bewahren wollen, und nur so können wir den Bauernstand erhalten, der doch das eigentlich staatserhaltende Element ist, der das Reservoir bildet für die Regenerierung der städtischen Bevölkerung, der Stand, der trotz mißlicher Verhältnisse auf seiner Scholle ausharrt aus Liebe zu dieser Scholle, sobald ihm nur halbwegs die Existenzmöglichkeit geboten wird. Ich bitte das hohe Haus, den in Verhandlung stehenden Antrag anzunehmen und zum Beschlusse zu erheben.

Abg. Freiherr v. Nofitansky (M.-G. Leibnitz): Hoher Landtag! Wenn seitens der Agrarier in diesem hohen Landtage Anträge eingebracht werden, die sich auf einen Schutz der Produkte der Landwirtschaft beziehen, so können wir als immer gleich bleibend in der Flucht der Erscheinungen eines feststellen, daß sich seitens der Sozialdemokraten immer einer zum Worte meldet und uns ein Privatissimum über Volkswirtschaft hält und uns zeigt, wie verblendet wir sind und wie sehr wir den Namen verdienen, Wucherer mit den notwendigsten Lebensbedürfnissen der Menschheit zu sein. Auch heute hat es Herr Abg. Kessel für gut befunden, gegen einen dem hohen Hause vorliegenden Antrag, dem ich für meine Person ja ohnedies nur einen höchst akademischen Wert zuspreche, das Wort zu ergreifen und darauf hinzuweisen, wie durch die Bestrebungen der Agrarier eigentlich nichts anderes er-

reicht wird, als das Fleisch zu verteuern, und daß unsere Wünsche bezüglich der Absperrung der Grenzen vor den Viehseuchen nichts anderes bezwecken, als uns so gemächlich als möglich im eigenen Haushalte einzurichten und die arme Bevölkerung zu zwingen, jene Preise zu schlucken, welche wir bezüglich des Viehes diktieren.

Es wird uns bei diesen Ausführungen, die mich niemals haben überzeugen können, noch niemals überzeugen werden, immer nur ein Teil der Medaille gezeigt und auch dieser Teil ist stark parteipolitisch gefärbt und gemalt. Es wird nicht darüber gesprochen, wie sich im Laufe der Jahre auf allen möglichen und unmöglichen Gebieten unserer Volkswirtschaft die Verhältnisse geändert haben. Es wird nicht gesagt, unter welcher ganz verschiedenen Umständen und oft sehr schwierig gewordenen Umständen heute der Landwirt zu produzieren hat, und es hieße, sich gewiß mit gebundenen Händen dieser Argumentation seitens der Sozialdemokraten übergeben, wenn man auf diese, aus guten Gründen hier gesprochenen Worte nicht reagieren würde. Ich möchte daher die heutige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um etwas auf die Ausführungen des geehrten Herrn Abg. R e s e l zu reflektieren.

Ich gebe zu, daß es vollkommen richtig ist, daß die Rinderviehpreise, und zwar die Preise des Einstellviehes, in den letzten Jahren gestiegen sind. Diese Steigerung hat im Durchschnitte — ich berufe mich da auf amtliche Ziffern, welche ich selbstverständlich nicht alle dem hohen Hause vorführen werde, nachdem dies die Sache ungebührlich hinausziehen würde — beim besten Einstellvieh von 60 bis 65 K auf 75 bis 80 K betragen, wie auch die Preise für das beste Mastvieh im Durchschnitte von 77 auf 97 K per Meterzentner gestiegen sind, wobei das Lebendgewicht zur Grundlage genommen wurde. Wenn man diese Steigerung in Prozenten ausrechnen würde, so würde dies eine Steigerung von beiläufig 5% ausmachen. Bedenkt man aber, daß im Laufe der letzten 10 bis 15 Jahre, welcher Zeitraum der Berechnung der Steigerung der Viehpreise zugrunde gelegen ist, die Gehalte der Beamten und die Löhne der Arbeiter um 25% gestiegen sind, wenn man weiters in Erwägung zieht, daß infolge dieser Gehalts- und Lohnerhöhung wieder eine 25prozentige Preiserhöhung — ich könnte da konkrete Fälle anführen, aber ich will das hohe Haus nicht damit belasten, stelle aber selbstverständlich jedem der Herren das vorhandene statistische Material zur Verfügung — aller Industrie- und Handelsprodukte zu verzeichnen ist, so ist es natürlich, daß auch die Viehzüchter mit den Preisen für ihre Produkte be-

scheiden in die Höhe gegangen sind. Es ist daher absolut ein Schlagwort, meine Herren, berechnet, um auf gewisse Massen wirken zu können, wenn gesagt wird, daß von einer absoluten Vieh- und Fleischteuerung gesprochen werden kann. Wenn man die Verbesserung unserer Viehbestände mit ins Kalkül zieht, so kann gegenüber der allgemeinen Preissteigerung auf dem Gebiete aller anderen Produkte nur konstatiert werden, daß die Viehteuerung gegenüber dieser Preissteigerung eher zurückgeblieben ist. (Rufe: „Sehr richtig!“)

Es ist gesagt worden, daß unsere Behauptung, daß eine eminente Gefahr vorhanden ist und daß durch die Öffnung der Grenze eine Depopulation unserer Viehbestände herbeigerufen werden würde, daß diese unsere Behauptung insofern nicht richtig sein kann, weil dann die betreffenden Länder, von welchen wir die Einschleppung der Viehseuchen fürchten, ja selbst keinen Viehstapel mehr besitzen könnten. Es hat ein verehrter Herr Vorredner ganz richtig darauf hingewiesen, daß diese Argumentation eine total falsche ist. Die sich aufdringende Frage, warum die Viehbestände Rußlands und Rumäniens nicht schon längst der Rinderpest zum Opfer gefallen sind, läßt sich nur so beantworten, wie es der Herr Vorredner getan hat, nämlich, daß das graue Steppenvieh dieser Gebiete infolge des daselbst stationären Herrschens dieser Seuche eine partielle erbliche Immunität besitzt, so daß seine Mortalitätsziffer, die bei unseren gegen die Rinderpest wenig widerstandsfähigen Rinderrassen 90 bis 95 Prozent beträgt, bei diesem grauen Steppenvieh nicht nur verhältnismäßig gering ist, sondern geradezu auf 4 und 5 Prozent herabsinkt. Das ist die Ursache, warum die Argumentation des Herrn Abg. R e s e l, daß ja eigentlich Rußland und die Donaufürstentümer keinen Viehbestand mehr haben müßten, als eine nicht richtige angesehen werden kann.

Meine Herren! Ich bin aber viel zu bescheiden, daß ich Ihnen ein Privatissimum über Volkswirtschaft halte, aber Sie müssen mir Recht geben, daß es kein Schlagwort ist, wenn ich sage, daß die Landwirtschaft die höchste Grundlage und die beste Konsumentin für die Produkte unserer Industrie ist, und ich wiederhole nochmals den Ausspruch eines der genialsten Führer unserer Industrie, eines Mannes, der sich allerdings für die Interessen unserer heimischen Senfenindustrie kein glückliches Andenken erworben hat, des Grafen W i t t g e n s t e i n, der anlässlich einer Industriellenversammlung die Behauptung aufgestellt hat, daß, solange die österreichische Industrie glaubt, sich und der Volkswirtschaft Österreichs dadurch zu dienen, daß sie sich auf den Export wirft, wie z. B. das Florieren der Schuhindustrie dadurch zu fördern sucht, daß sie in Donaufürstentümer Schuhe

exportiert, während bei uns große Volksmassen barfuß herumlaufen, weil sie sich für den alltäglichen Gebrauch keine Schuhe kaufen können, solange ein reelles Blühen und Gedeihen dieser Industrie ausgeschlossen ist, weil die Industrie nur dann blühen wird, wenn sie in der Lage ist, sich auf den heimischen Konsum stützen zu können, und da ist nun der hervorragendste Konsument und Abnehmer die ländliche Bevölkerung. Meine Herren! Wir haben keinen Sinn für ein hier verkündetes Evangelium, das nur dazu angetan ist, unsere Viehbestände zu depekorian und unsere Landwirtschaft auf den Bettelstab zu bringen, weiters aber auch Handel und Industrie lahm zu legen und schließlich Volk und Staat dem wirtschaftlichen Untergange zu weihen. Wer derartige Grundsätze verkündet, muß sich vor Augen halten, daß auch wir offene Augen haben und so viele Kenntnisse von der Volkswirtschaft besitzen, als jene, die sich die Aufgabe gestellt haben, jederzeit und unter allen Umständen und ohne Berücksichtigung der beinahe wahn sinnigen Steigerung der Preise und Löhne auf allen anderen Gebieten unseren Landwirten zuzumuten, mit jenen Preisen und Löhnen für ihre Arbeit zufrieden zu sein, die nicht einmal ausreichen, um die Familie zu erhalten und der ein Schundlohn genannt werden muß, wenn überhaupt von einem Lohne gesprochen werden kann. Meine Herren! Es ist auch sehr interessant, wenn man sich die Argumentation und die Art des Feldzuges der Sozialdemokraten vor Augen hält.

Meine Herren! Ich möchte vorerst nur bemerken, daß die Rindviehpreise tatsächlich und zwar bedeutend gesunken sind; ich mache nur darauf aufmerksam, daß die großkapitalistischen Blätter Österreichs feststellen, und zwar in den letzten Wochen und Tagen, daß eine außerordentliche Verflauung des Geschäftes auf dem Gebiete des Rinderviehmarktes stattgefunden hat, was durch eine ausgiebige Ermäßigung des Preises zum Ausdruck gelangt ist, da die Primaqualität um 2 K, während die anderen Gattungen von 2 bis 4 K billiger geworden sind und sogar Preisstürze bis auf 5 K zu verzeichnen sind, und daß der Viehauftrieb derzeit ein stärkerer ist als die Nachfrage.

Nun komme ich zur Stellungnahme eines der Hauptorgane der sozialdemokratischen Partei, zur Stellungnahme der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ in dieser Frage, welche Zeitung ja auch tonangebend ist für die Stellungnahme der sozialdemokratischen Provinzblätter. Welche Stellungnahme hat dieses Blatt in der ganzen Frage eingenommen? Ich möchte mir erlauben, dem hohen Hause darüber ein richtiges Bild zu geben. Die Wiener Sozialdemokraten haben vor nicht langer Zeit eine Versammlung abgehalten, in welcher sie Hand in

Hand mit den Wiener Fleischhauern gingen, deren Preistreiberien ja auch vorbildlich sind für gewisse Berufsschichten in der Provinz, in welcher Versammlung gegen die agrarischen Fleischwucherer und Beutemacher Stellung genommen wurde. Nun hat sich, meine Herren, inzwischen aber diese dicke Freundschaft merkwürdigerweise unter der Wucht der Tatsachen in das Gegenteil verwandelt, und nachdem nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch andere Leute sozialdemokratische Blätter lesen, um im Laufenden zu bleiben, so ist natürlich das Verschlagen dieser dicken Freundschaft auch anderen Kreisen zur Kenntnis gekommen. Dieselbe Partei, die damals mit den Fleischhauern ein inniges Schutz- und Trugbündnis geschlossen hat, hat in ihrem Hauptorgan in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ plötzlich am 7. Juni l. J. urbi et orbi verkündet, daß der Fleischwucher eigentlich den Fleischhauern in die Schuhe zu schieben ist. In einem Artikel, der mit wertvollem statistischen Material versehen ist, welches zu benützen wir noch öfters Gelegenheit haben werden, wird gesagt (liest): „Das Steigen der Viehpreise ist einzig und allein nur ein Raubzug auf die Taschen der Konsumenten seitens der Fleischhauer, und daß diese zu vergessen scheinen, wenn sie mit den Preisen hinaufgehen, sie auch mit den Preisen auf den alten Standpunkt zurückgehen müssen, wenn die Viehpreise wieder fallen.“ Darauf wird festgestellt, daß seit November vorigen Jahres die Viehpreise schon wieder tüchtig zurückgegangen sind, die Fleischhauer aber die entsprechende Fleischpreisermäßigung noch immer nicht eintreten lassen.

Es wird dann in einem Ziffernmateriale, welches ich hier nicht wiederholen will, festgelegt, was der Profit der Fleischhauer ist, und es wird diesen bei Kreuzer und Pfennig nachgerechnet, um wieviel sie eigentlich nach Herabgang des Viehpreises an den Fleischpreisen herabgehen sollen. Es heißt dann weiter (liest):

„Die einfachen Rechnungen zeigen den unerhörten Wucher der Fleischhauer, den man übrigens schon daraus erkennen konnte, daß die Großschlächtereien in ihren Fleischständen den Preis des vorderen Rindfleischs um 30 Heller herabgesetzt hat, nämlich dreimal um je 10 Heller per Kilogramm, und zwar im Jänner, April und Mai. Auch die Großschlächtereien kommt dabei noch auf ihre Rechnung.

Heute sollte den progigen Fleischhauern gezeigt werden, daß die Bevölkerung weiß und nachrechnet, was für unverschämte Wucherer diese Wiener Fleischhauer sind.“

Soweit das sozialdemokratische Blatt. Die Vieh-

preise sind also nach dem eigenen Geständnisse der Sozialdemokraten trotz Sperrung der Grenze so tief gesunken, daß die Fleischpreise im schreiendsten Mißverhältnisse zu denselben stehen.

Nun, meine Herren, ich kann sagen, ich bin mit der Stellungnahme der „Arbeiterzeitung“ vollkommen einverstanden, ich kann das Wort für Wort unterschreiben. Aber komisch wird diese Stellungnahme, wenn wir die Frage aufstellen: Was hat dasselbe Blatt aber kurz vor dieser Enunziation, einige Monate vorher über die gleiche Sache geschrieben? Da geht es auf die Agrarier los und sagt (liest):

„Solange sie keine Konkurrenz bekommen, kann man den Agrariern Milliarden schenken und das Vieh auf den Bahnen ganz kostenlos mitführen, sie werden die Millionen und die ersparten Transportkosten schmunzelnd einstecken und das Vieh um keinen Heller billiger geben, weil sie es nicht nötig haben und ihre Hagbier keine Grenzen hat . . . Jedes Kind weiß, daß diese Preistreiberien und diese schamlose Auswucherung, die unsere großen Agrarier betreiben, nur bekämpft werden können, indem man ausländisches Vieh auf den Markt kommen läßt, das zu erschwinglichen Preisen verkauft wird und unsere Viehwucherer nötigt, sich ebenfalls mit einem geringeren Profit zufriedenzugeben.“

Jedes Kind weiß nun, um im Tone des sozialdemokratischen Blattes zu sprechen, daß die „schamlose Auswucherung“ seitens der „großen Agrarier“ nicht durch die Vieheinfuhr bekämpft wurde, denn, meine Herren, die Preise für Vieh sind ja, wie die „Arbeiterzeitung“ selbst gesagt hat, schon wieder tüchtig zurückgegangen, trotzdem wir geschlossene Grenzen haben, ein Beweis dafür, daß nicht die Öffnung der Grenzen, sondern die im vorigen Herbst erreichten guten Viehpreise zur Belebung der Produktion und zur Verbilligung der Preise beitrugen.

Jedes halbwegs anständige Blatt müßte sich schämen, wenn man ihm eine derartige handgreifliche Blamage nachweist. Nicht so die „Herren Genossen“ der „Arbeiterzeitung“. Die werden bei der nächsten Gelegenheit wieder dieselbe Argumentation gegen uns ins Treffen führen, obwohl sie die Überzeugung haben, daß diese Argumentation eine falsche ist. Sie werden sie wieder benützen, um auf die Landwirte und Agrarier loszuschlagen.

Meine Herren! Ich will mich hier nicht als Sprecher oder als Vertreter der Agrarier aufwerfen, das sei mir ferne, aber eines kann ich wohl sagen, daß wir diese Art des Kampfes gegen die — möchte ich sagen — wichtigsten, elementarsten Forderungen der Existenz der Landwirte, daß wir diese Art des Kampfes von nun

an nicht mehr unerwidert lassen werden und daß auch seitens der agrarischen Kreise dafür Sorge getragen werden wird, diese Art des Kampfes auf das richtige Maß zurückzuführen.

Und wenn behauptet wird, daß durch die Sperrung der Viehgrenze — und das will ich erwähnen — unsere Viehbestände zurückgegangen sind, bezw. wir nicht in der Lage sind, jene Produktion an Vieh aufzubringen, welche zur Deckung der Bedürfnisse der Bevölkerung unbedingt notwendig sind, dann will ich darauf hinweisen, daß in den letzten 10 bis 15 Jahren bereits eine derartige Verbesserung unserer Viehstände eingetreten ist, die aproximativ mit 15 Prozent angeschlagen werden kann. Wenn wir nur annehmen das Durchschnittsgewicht der vor 10 Jahren geschlachteten Rinder mit 500 Kilogramm, so ergibt sich eben diese Ziffer, welche ich mit 15 Prozent genannt habe. Diese Berechnung ergibt aber noch weiter, daß im Jahre 1895 244.000 Stück geschlachtet wurden, welcher Zahl im Jahre 1896 253.000 Stück und im Jahre 1905 aber 280.000 Stück geschlachteter Rinder gegenüberstehen.

Also auch hier ist ein klarer Beweis dafür, daß unsere Viehstände gewachsen sind und daß wir in der Lage sind, bei einer im Verhältnisse zur Preissteigerung anderer Produkte höchst bescheidenen Preissteigerung von nur 5 Prozent für unsere Viehproduktion den Bedarf an Vieh im eigenen Lande voll und ganz zu decken. Das wollte ich hier erwähnt haben.

Ich gehöre gewiß nicht zu jenen Leuten, die es sich zur besonderen Freude anrechnen, irgendeinem am Ruder befindlichen Staatsmanne besondere Bücklinge zu machen, und liegt es mir gewiß vollkommen ferne, Se. Excellenz den Herrn Ackerbauminister weiter zu verteufeln. Aber auf ein Argument möchte ich reagieren und das ist das, welches der Herr Abg. Kessel vorgebracht hat, indem er sagte: „Die Herren mögen nicht vergessen, daß derselbe Ackerbauminister vor kurzer Zeit Handelsminister war und ganz anders gehandelt hat.“ Ich glaube, daß es die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit eines Ministers, der ein bestimmtes Ressort übernimmt, ist, dieses Ressort im Sinne und Geiste desselben zu verwalten und daß, wenn heute Graf Auerperg dieses Ressort im Sinne der Agrarier verwaltet, er es nur so verwaltet, wie es ihm eben seine Pflicht und das Amt vorschreibt.

In dieser Argumentation, daß er früher Handelsminister gewesen ist, kann ich kein Moment erblicken, welches uns gegenüber dem jetzigen Ackerbauminister Grafen Auerperg mit Mißtrauen erfüllen sollte. Ich glaube, hier auch feststellen zu können, daß heute die agrarische Bewegung eine so starke im Lande ist,

daß ein Ackerbauminister, mag er nun Auersperg oder anders heißen, überhaupt nicht anders wird handeln können, als daß er den Wünschen und berechtigten Forderungen der Landwirte wird Rechnung tragen müssen und daß in Zukunft jeder Ackerbauminister in Österreich, wenn es ihm darum zu tun ist, das Vertrauen derjenigen Kreise zu besitzen, die er vertritt, und wenn es ihm darum zu tun ist, sein Portefeuille länger zu halten, mit den Wünschen und Forderungen der Landwirte auch in Zukunft wird rechnen müssen.

Aus diesen Gründen und den von mir entwickelten Gesichtspunkten möchte ich daher das hohe Haus bitten, gerade im Interesse eines solidarischen Vorgehens aller berufenen Stände, gerade vom Gesichtspunkte ausgehend, daß, was dem einen recht ist, dem andern billig sein muß, dem Antrage des Herrn Referenten des Landeskultur-Ausschusses die Zustimmung erteilen zu wollen.

Abg. **Hagenhofer** (L.-G. Hartberg): Hohes Haus! Es ist selbstverständlich, daß ich und meine Gefinnungsgenossen für den Antrag des Landeskultur-Ausschusses stimmen werden, weil es ja unbedingt notwendig ist, daß wir Bauern die Viehzucht erhalten, weil diese fast die einzige Einnahmsquelle für die Landwirte ist.

Meine Herren! Mit was soll der Bauer seine Arbeiter bezahlen, wenn er die nötigen Einnahmen nicht erzielen kann? Die Herren Sozialdemokraten werfen sich immer als die ersten und besten Vertreter der Arbeiter auf, während sie dadurch, daß sie den Bauern die letzte Einnahmsquelle nehmen wollen, die landwirtschaftlichen Arbeiter schädigen, denn der Bauer kann sie ja nicht bezahlen, wenn er nichts einnimmt.

Nun, meine Herren, mich wundert aber die Haltung der Sozialdemokraten absolut nicht, uns war es seit jeher bekannt, daß sie von dem humanen und volkswirtschaftlichen Grundsätze leben und leben lassen absolut nichts wissen wollen. Sie wollen billig leben, wie es aber dem Produzenten dabei geht, das ist ihnen vollkommen egal. Aber wir haben auch immer die Konsequenzen daraus gezogen, wir haben sie nie für fähig erachtet, Bauern zu vertreten. Auf diesem Standpunkte sind wir immer gestanden und möchte ich nur wünschen, daß die übrigen bäuerlichen Vertreter, sowie alle bäuerlichen Besitzer in Zukunft auch diesen Standpunkt einnehmen und in Zukunft keinen Sozialdemokraten mehr ihre Stimme geben. Ich glaube, dieses Resultat wird mit der heutigen Debatte erzielt worden sein. Es ist offen dargetan worden, wie gut die Sozialdemokraten den Bauernstand vertreten und seine Interessen wahren.

Die beste Bürgschaft für die Wahrung der agrarischen Interessen bildet die freie agrarische Vereinigung des

Abgeordnetenhauses selbst, welche dort die Majorität des Hauses bildet und welche mit aller Entschiedenheit gesonnen ist, die agrarischen Interessen zu vertreten, auch gegenüber einer jeden Regierung.

Ich schließe und empfehle die Annahme des Antrages des Landeskultur-Ausschusses.

Abg. **Roškar** (L.-G. Marburg): Hoher Landtag! Es haben die verschiedenen Herren Vorredner den in Verhandlung stehenden Gegenstand schon so ausführlich behandelt, daß es fast gar nicht mehr notwendig ist, darüber noch Worte zu verlieren. Ich kann nur das sagen: Ich schließe mich vollinhaltlich den Herren Rednern an und möchte ich mir nur noch erlauben, zu erwähnen, daß die Seuchengefahr wirklich schon seit jener Zeit, seit welcher wir die Grenzsperrung haben, bedeutend zurückgegangen ist. Es stellt sich überall heraus, daß wir immer seltener eine Verseuchung bekommen, und auch dort, wo sie noch hervortritt, wird sie mit Leichtigkeit zurückgedrängt und meistens ganz beseitigt.

Weiters möchte ich mir erlauben, zu erwähnen, daß für die horrenden Preisdifferenzen beim Schlachtvieh absolut nicht die Produzenten verantwortlich gemacht werden können. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, daß im Unterlande, in den Windischbüheln, Primaware, nämlich voll ausgemästete Ochsen, pro Paar im Gewichte zwischen 14 bis 15 Meterzentner, um 70 bis 75 K per Meterzentner erhältlich sind; daß aber gleichzeitig in großen Städten, so in Wien, 90 bis 100 K und darüber für den Meterzentner gezahlt werden mußten, steht fest. Ich glaube doch kaum, daß die Lieferung an und für sich so viel beansprucht. Es muß doch auch der Zwischenhandel dafür verantwortlich gemacht werden. Die Schuld trägt aber keinesfalls der Produzent, sondern die Zwischenhändler und die Fleischaufkäufer, die den Konsumenten die Lebensmittel verteuern. Es wäre doch eine leichte Sache, daß man in irgendeiner Weise Anbotlisten verlangen und daß man auf irgendeine andere Art mit den Produzenten sich einigen würde, damit man nicht diese Zwischenhändler so hoch und teuer zu bezahlen hätte.

Dann möchte ich noch feststellen, wie viel eigentlich der Verdienst bei der Viehzucht pro Tag und Kopf ausmacht. Jeder Viehzüchter kann dies sehr leicht auf einer richtigen Grundlage berechnen. Ich habe selbst die Berechnung gemacht und habe gefunden, daß ich pro Tag und Kopf 25 Heller verdient habe. Darin ist alles enthalten: Futter, Streu und Arbeit. Ich glaube kaum, daß wir in irgend einem Fache einen Arbeiter haben, der um einen solchen Verdienst arbeiten wollte. Wir haben nur noch einen Stand und das ist der Bauernstand, welcher am billigsten arbeitet, vielfach aber auch ganz umsonst.

Ich glaube kaum, daß dies sich fortwährend wird erhalten können, und glaube es nicht notwendig zu haben, anzuführen, wie viele Bauernfamilien von Jahr zu Jahr zugrunde gehen. Ich glaube kaum, daß damit den anderen Bevölkerungsschichten gedient sein wird, wenn wirklich der Bauernstand noch weiter heruntergedrückt werden soll. Der Bauernstand ist der Nährstand, wird ein solcher bleiben und jener Staat wird sich am wohlsten fühlen, der einen gesunden Bauernstand besitzt. Das möchte ich und auch alle meine Wähler wünschen, und darum bitte ich das hohe Haus, dem Antrage, der heute hier vorliegt, zuzustimmen.

Abg. **Reisel** (A. B. Graz): Meine Herren! Ich hätte nicht geglaubt, daß unsere Stellungnahme zum vorliegenden Antrage derartig vehemente Angriffe heraufzubeschwören imstande ist, wie dies der Fall war. Ich habe gesagt, wir würden ruhig für den Antrag stimmen, wenn wir nicht die Vermutung hätten, daß vielleicht unter dem Deckmantel, es handle sich darum, die Viehseuchen zu verhindern, die Vieheinfuhr vollständig unterbunden wird. Ich habe auf die hohen Fleischpreise hingewiesen, und keiner der Herren war imstande, mir zu widerlegen, daß die Preise wirklich derartige sind, daß es der Bevölkerung im allgemeinen nahezu unmöglich ist, Fleisch zu konsumieren, die Herren haben sich dagegen verwahrt, daß ich die Vermutung hege, daß die Viehseuchen dazu verwendet werden sollen, die Fleischeinfuhr zu verhindern. Die Ausführungen des Herrn Abg. Baron **Rokitansky** haben aberargetan, daß es sich darum handelt, die Grenzen abzusperren nicht nur wegen der Gefahr der Viehseuchen, sondern auch, um die Preise hinaufzutreiben. Herr Abg. Baron **Rokitansky** hat auch von der Volkswirtschaft gesprochen; es würde zu weit führen, im Zusammenhange mit diesem Antrage über die Volkswirtschaft zu sprechen, es dürfte aber den Herren nicht unbekannt sein, daß vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus nur jene Produktionszweige zu fördern sind, die am ertragfähigsten erscheinen, und daß es vom volkswirtschaftlichen Standpunkte nicht zu rechtfertigen ist, Produktionszweige zu fördern, die unter den gegebenen Umständen nicht gefördert werden können. Die Herren belieben die Sache immer so darzustellen, als wenn wir uns irgendwie gegen die agrarischen Bestrebungen wenden, als täten wir dies aus Haß und Zorn gegen die Bauern. Ich mache darauf aufmerksam, daß zwei Drittel der steirischen Bauern eigentlich von allen agrarischen Bestrebungen nichts haben, ja daß sie sogar im Gegenteile darunter leiden. (Rufe: „Oho, oho!“ Abg. **Freih. v. Rokitansky**: „Das glauben Sie ja selbst nicht!“) Natürlich glaube ich es, Sie reden immer von vielen Tausenden, aber bitte, lesen

Sie einmal die Statistik nach über die Besitzverhältnisse, so werden Sie finden, daß zwei Drittel der landwirtschaftlichen Bevölkerung mehr an Lebensmitteln und täglichen Bedarfsartikeln kaufen muß, als sie zu erzeugen vermag. (Abg.: „Das ist was ganz Neues!“) Das ist gar nichts Neues. Sie machen es in dieser Hinsicht so wie die Klerikalen, die auch immer die Katholiken als Beweis dafür anführen, wie groß die Zahl jener ist, die sie oder die christlichsoziale Partei in Österreich vertreten. Nun, meine Herren, es ist ein altes Argument, daß die Herren sagen — und es wurde dies gerade während der Wahlbewegung gebraucht — daß die Ursache der Preissteigerungen keine anderen sind als die Steigerung der Gehalte und Löhne der übrigen werktätigen, arbeitenden Bevölkerung. Ich möchte ein für allemal feststellen, daß vom Jahre 1900 bis 1905 eine Lohnsteigerung in der Industrie und im Gewerbe nahezu nicht stattgefunden hat. (Rufe: „Oho!“) Dann kennen Sie die Verhältnisse nicht. (Abg. **Freiherr v. Rokitansky**: „Ich werde es Ihnen nachweisen!“) Ich bitte die Lohnerhöhungen haben eingesetzt Ende des Jahres 1905 und sind dann fortgeschritten. Die Forderung nach Lohnerhöhung war die Folge der Teuerung, die eingetreten ist durch die Steigerung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte. (Abg. **Freiherr v. Rokitansky**: „Die Löhne sind um 50 Prozent gestiegen!“ — Abg. **Dr. Schacherl**: „Das ist rein zum Lachen!“) Die Herren wollen mir etwas bestreiten, was ich doch weiß, da ich doch mitten im Kampfe stehe und weiß, daß vom Jahre 1900 bis Ende 1905 die Löhne bei der Industrie nicht nur nicht gestiegen, sondern teilweise sogar gesunken sind. (Abg. **Freiherr v. Rokitansky**: „Ich bitte, was denken Sie denn von uns, glauben Sie, daß wir lauter Trottel sind, daß wir das anhören müssen, Sie müssen doch zugeben, daß die Steigerung der Löhne 50 Prozent ausgemacht hat.“) Lassen Sie sich nicht auslachen, was wissen Sie von Arbeitern

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Wenn einer der Herren das Wort wünscht, so bitte ich, sich zum Worte zu melden; ich kann aber nicht zugeben, daß zwischen dem Redner und den Abgeordneten Zwischengespräche geführt werden.

Abg. **Reisel**: Ich bitte, es weiß doch jedermann, daß in den Jahren 1900 bis 1905 eine derartige wirtschaftliche Depression in der Industrie und im Gewerbe war, daß unter diesen Umständen eine Lohnerhöhung nicht zu erringen war, weil eben überschüssige Arbeitskräfte vorhanden waren. (Abg. **Burger**: „Und wir bekommen keine Arbeiter, um teures Geld nicht!“) Ihre Ansichten mit Argumenten zu bekämpfen ist aussichtslos. Meine

Herren, die Folge dieser Preissteigerung aller Bedarfsartikel war eine intensive Lohnbewegung auf allen Gebieten. Ich möchte die Herren darauf aufmerksam machen, daß ich bei Beratung des Zolltarifes im Abgeordnetenhaus darauf verwiesen habe, daß die Annahme dieses Zolltarifes eine allgemeine Bewegung nach Lohn erhöhungen unter den Arbeitern bringen wird. (Abg. Dr. Schacherl: „Sollen sie vielleicht verhungern?“) Der Herr Abgeordnete Baron Rokitsansky hat es unternommen, uns zu sagen, es handle sich in dieser Frage bloß um Schlagworte. Meine Herren! Es ist kein Schlagwort, daß gerade in Bezug auf die Bestrebungen der Agrarier und der Industrie Gegensätze vorhanden sind. Es mag dies nach Ansicht des Herrn Baron Rokitsansky als ein Schlagwort erscheinen, da er wahrscheinlich von den gegenteiligen Bestrebungen und Interessen keine Ahnung zu haben scheint. Diese Bestrebungen sind vorhanden, und ich kann Ihnen sagen, in diesem Saale befinden sich mehr Abgeordnete als wir zwei Sozialdemokraten, die unsere Meinung vollkommen teilen (Abg. Dr. Schacherl: „Die trauen sich es aber nicht zu sagen!“), und daß sie es nicht sagen, bedauern wir. Daß aber wir und die arbeitende Bevölkerung deshalb derartigen Bestrebungen ruhig zuschauen sollen, wie diese Dinge weiter laufen, das können Sie von uns nicht verlangen. Es wird die Sache so dargestellt, als ob wir überhaupt mit aller Gewalt den Untergang der Landwirtschaft herbeiführen wollten. Meine Herren! Schauen Sie sich einmal die Protokolle des Landtages an, beobachten Sie einmal unsere Abstimmungen und sagen Sie dann, ob wir auch nur einmal gegen einen Antrag gestimmt haben, der darauf hinauslief, die Landwirtschaft zu heben und zu fördern. Aber gegen Preistreibereien haben wir uns immer gewehrt, nicht aber gegen Verbesserungen zur Hebung der Produktivität der Landwirtschaft. Nun, meine Herren, ein Kunststück, wie man ein besseres nicht leicht finden kann, hat sich der Herr Abgeordnete Baron Rokitsansky damit geleistet, daß er sagt, lesen Sie die „Arbeiterzeitung“, was sie früher über die Fleischhauer geschrieben hat und was sie später schrieb, und er wollte damit unsere Schlechtigkeit beweisen. Nun, meine Herren, er hat dadurch nur unsere Güte bewiesen (Rufe: „Oho!“), da wir eben nach jeder Richtung hin losgehen, wenn die Agrarier schuld sind, auf diese, wenn die Fleischhauer schuld sind, auf diese, aber nicht aus Haß und Verachtung gegen die Bestrebungen der Landwirte. Die Preise sind erst in aller letzter Zeit gesunken und die Ursache des Sinkens der Preise ist auch nur eine vorübergehende.

Die Herren dürfen auch nicht übersehen, daß wir

in Österreich auch damit rechnen müssen, daß gerade unserer Landwirtschaft jede Preissteigerung nur zum allergeringsten Teile Vorteil bringt, daß den Profit aus diesen Bestrebungen nur die Ungarn haben. Der Herr Baron Rokitsansky hat es auch unternommen, den Herrn Ackerbauminister gegen meine Ausführungen zu verteidigen. Der Herr Ackerbauminister scheint mit seinem Gefinnungswechsel dem Herrn Baron Rokitsansky eine sympathische Erscheinung zu sein. Ich glaube, meine Herren, wenn man als Handelsminister der Überzeugung war, daß man der künstlichen Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte entgegen treten muß, daß man dann, wenn man Ackerbauminister wird, mit dem Amte nicht seine Überzeugung wechseln soll; entweder war seine Überzeugung als Handelsminister nicht richtig oder seine jetzige als Ackerbauminister. (Abg. Frh. v. Rokitsansky: „Bei Ihnen ist der Gefinnungswechsel eine Güte, beim Ackerbauminister wäre es aber eine Schlechtigkeit.“) Beide waren schuld, die agrarische Bewegung und die Fleischhauer. Bitte, wenn ein Haus rechts bombardiert wird, so werde ich nicht links hinauschießen und werde nicht rechts hinauschießen, wenn das Haus von links bombardiert wird. Der Herr Baron Rokitsansky hat es auch unternommen, zu beweisen, wie günstig die Preissteigerung bereits auf die Viehzucht Österreichs eingewirkt hat. Die Fleischpreissteigerung, die Preistreibereien sind ein Produkt der allerletzten Jahre, aber der Herr Baron Rokitsansky hat so getan, als ob die Viehzucht so wäre wie die Pilslingzucht, daß man das Vieh über den Winter bis zum Frühjahr in ungeheurer Weise zu vermehren vermag. Die jetzige Verminderung der Preise ist darauf zurückzuführen, daß in Ungarn Futternot ist, und deshalb sind die Viehpreise gesunken. Aber die Viehzucht hat sich nicht zu einer Pilslingzucht ausgestaltet. Es muß zugegeben werden, daß es sich nicht bloß um die Hintanhaltung von Viehseuchen handelt, sondern hauptsächlich um die Absperrung der Grenzen. Es ist mir eine Vorlesung gehalten worden, daß es nicht der Fall ist, daß das Vieh im Auslande durch die Seuchen hin wird. Aber es sei der Keim für die Seuchen in den Tieren vorhanden und deswegen darf man das Vieh nicht einführen. Ich habe schon erklärt, wir sind ja nicht dafür, daß die heimischen Viehstände verseucht werden, aber ich muß darauf aufmerksam machen, daß Sie sich nicht bloß gegen die Einführung lebenden Viehes, sondern auch toten Viehes wehren. Einer der Herren Vorredner hat eingewendet, daß der Milzbrand durch die Haare und die Blattern durch die Federn nach Österreich eingeführt wurden, so könnten durch das Fleisch viel mehr Infektionskeime hereingebracht

werden. Man braucht sich aber vor diesem nicht zu fürchten, man braucht das Fleisch nicht in Karbol zu tauchen, man braucht das Fleisch ja nur zu sterilisieren, wodurch die Keime, die dem Fleische anhaften, vollständig getötet werden. Dadurch wird die Fleischzufuhr möglich gemacht. Aber wir haben da im Landtage einen Antrag, der sich gegen die Einfuhr von Pflanzenfett wendet. Können vielleicht auch durch das Pflanzenfett Viehseuchen oder Milchbrand eingeführt werden?

Unsere Aufgabe ist es, derartige Bestrebungen aufzuzeigen und die hinfälligen Argumente darzustellen. Dieser Aufgabe werden wir uns immer und immer unterziehen, selbst auf die Gefahr hin, daß das zutreffen würde, was der Herr Abg. Hagenhofer befürchtet, daß sich immer mehr und mehr zeigt, daß ein Bauer nicht für einen Sozialdemokraten stimmen kann. Streiten wir uns nicht darüber, das werden die Wahlen beweisen. Sie würden ja auch, wenn wir eine ganz andere Haltung einnehmen würden, trotzdem sagen, daß wir miserable Leute sind. Ich bitte, wie Figura gezeigt hatte bei den vergangenen Reichsratswahlen, haben die Herren von rechts und links einander beschuldigt, daß sie nichts tun, als die Bauern anschwindeln und die Bauern verkohlen, daß sie es nicht ehrlich meinen und immer die gefehlten Maßregeln ergreifen; das haben die Klerikalen den Bauernbündlern und umgekehrt die Bauernbündler den Klerikalen vorgeworfen. Eine Haltung einzunehmen, daß wir unsere Grundsätze verleugnen, um einen Vorteil zu erringen, ist uns nicht möglich, und darnach gehen wir auch gar nicht. Im übrigen überlassen Sie es unserer Beurteilung, ob für uns jemand oder niemand stimmen wird, aber das eine kann ich Ihnen sagen, daß wir ein paar Stimmen wegen unsere Grundsätze nicht verleugnen werden und stets die arbeitende Bevölkerung in Schutz nehmen werden gegen Bestrebungen, die ihre Lage schädigen.

Nun zum Schlusse noch ein paar Worte wegen der Inschugnahme des Herrn Ackerbauministers. Es steht Ihnen ja frei, den jetzigen Ackerbauminister so viel als möglich in Schutz zu nehmen. Wir wissen doch, daß es für die Sache ganz gleichgültig ist, ob der oder der Ackerbauminister ist. Die bisherigen Ackerbauminister haben immer den gleichen Standpunkt eingenommen; aber es wäre denn doch auch angezeigt, wenn Sie dem Herrn Ackerbauminister so viel Lob spenden, darauf zu verweisen, daß es eine sehr ergiebige und für die Landwirtschaft sehr nützliche Arbeit ist, wenn er endlich herginge und dafür sorgen würde, daß die Landwirte nicht seitens der Forst- und Domänenverwaltung in ihrer Existenz immer gehemmt

und bedrängt würden, und daß er endlich darauf hinarbeiten würde, daß in Bezug auf die Servitute das Forstärar den Landwirten nicht hinderlich entgegentritt, daß in dieser Richtung eine Änderung platzgreift. Die Art der Behandlung der Bauern seitens der ärarischen Organe scheint in den Alpenländern ziemlich gleich zu sein, weil die gleichen Beschwerden auch in anderen Kronländern als Steiermark erhoben werden. Wir werden dagegen gar nichts sagen, wenn jenen Forderungen, von denen wir annehmen, daß sie die Viehzucht oder was immer für einen Zweig der Landwirtschaft zu fördern vermögen, entsprochen wird. Gegen was wir uns aber immer entschieden verwahren werden, und wenn wir noch so von links und rechts angegriffen werden, ist, daß die Lebensmittelpreise künstlich hinaufgetrieben werden, daß die arbeitende Bevölkerung, der es nach Ihrer Ansicht gar so glänzend geht, nicht in ihrer weiteren Existenz geschädigt wird.

Abg. Kern (L.-G. Radkersburg): Hoher Landtag! Ich bedaure sehr, daß ich nicht ein Millionär bin, nicht weil ich gerne reich wäre — ich habe Gott sei Dank zum Leben genug — sondern um die sozialdemokratischen Führer ganz gründlich zu befehren. Ich würde für jedes Mitglied einen großen Bauergrund in der Nähe eines Marktes mit einem haufälligen Gebäude ankaufen und bin überzeugt, in fünf Jahren würden die Herren Sozialdemokraten-Führer ganz anderer Ansicht sein als heute. (Abg. Kessel: „Nur probieren, dann reden.“) Ja, wenn ich das Geld hätte! Ich bedaure, daß ich es nicht habe. Die ganze Debatte handelt sich um die Erhöhung der Viehpreise. Der Arbeiter bezieht in der Stunde 15 bis 20 Kreuzer. Nun, meine Herren, bitte ich, nachzurechnen, was ein Stück Schlachtvieh kostet, wenn die Arbeiter in einer Stunde 15 bis 20 Kreuzer verdienen, mindestens das Dreifache von dem, was es sonst kostet, und damit schließe ich.

Landeshauptmann: Nachdem sich niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter Dehne: Hoher Landtag! Es war vorauszu sehen, daß bei der Behandlung dieses so wichtigen Gegenstandes sich eine lange Debatte entspinnen wird, daß sie aber so lang werden wird, war nicht zu erwarten. Der Herr Abg. Kessel hat den Standpunkt, den er in dieser Angelegenheit einnimmt, dahin präzisiert, daß er anfangs in sehr gemäßigter Form und dann in etwas schärferer Tonart gegen diesen Antrag Stellung genommen hat. Als Proredner haben die Abgeordneten aller Parteien, die in diesem hohen Hause agrarische

Interessen vertreten, in so erschöpfender Weise auf die Ausführungen des Herrn Abg. Kessel erwidert und seine Behauptungen durch schlagende Beweise widerlegt, sodaß ich, meine Herren, als Referent am Schlusse dieser Debatte nicht mehr viel zu erwähnen habe, was nicht schon die sehr geehrten Herren Proredner betont haben. Ich will mich daher lediglich darauf beschränken, um einige ergänzende Worte an die Ausführungen der sehr geehrten Herren Vorredner anzuschließen.

Hohes Haus! Die Gründe, weshalb die Agrarier an der Aufrechthaltung der Maßregel der Sperre an den Grenzen der Balkanstaaten und von Rußland unbedingt und hartnäckig festhalten müssen, liegen nicht in der zu befürchtenden Konkurrenz des fremden, ausländischen Viehes, sondern vielmehr in den geradezu desolaten veterinären Verhältnissen dieser Länder, in welchen der Viehstand auf denkbar niederster Stufe steht und eine Einfuhr eine katastrophale Schädigung unseres heimischen Viehstandes bedeuten würde. Diese Tatsache geht aus dem Berichte von Autoritäten hervor, aus dem Berichte von unseren Konsularämtern, und ich werde mir nur gestatten, in wenigen Worten Mitteilungen aus diesem Berichte an der Hand authentischer Ziffern in aller Kürze zur Kenntnis des hohen Hauses zu bringen. So schreibt unter anderen der rumänische Konsul J. Benger in seinem rumänischen Werke wie folgt: „Die rumänische Viehzucht ist durch die unausgesetzten Verheerungen, welche alle Arten von Seuchen herbeiführen, nahezu auf den Aussterbeetat gesetzt.“

Meine Herren! Ich könnte Ihnen einen langen Bericht hier verlesen, aber nachdem die Debatte ohnedies so lange schon gedauert hat, so fürchte ich, durch die Masse von Zahlen Sie zu ermüden.

Aus weiteren authentischen Berichten geht hervor, daß die veterinären Verhältnisse in Bulgarien nicht minder trostlos sind. Auch hier könnte ich Ziffern verlesen, welche haarsträubende Tatsachen über die veterinären Verhältnisse in Bulgarien ausweisen. Ich unterlasse es aber, weil sich die Debatte ohnehin schon so in die Länge gezogen hat.

In Serbien wird die Maul- und Klauenseuche nicht einmal als anzeigenpflichtig betrachtet, obwohl diese höchst ansteckenden Viehkrankheiten grenzenlose Ausbreitung gefunden haben und in einer Form aufgetreten sind, die für unsere hochgezüchteten Viehbestände geradezu vernichtend wirken würden.

Rußland weist 2915 Fälle von Rinderpest und 251 mit dieser furchtbaren Viehkrankheit verseuchte Orte aus. Es genügt wohl der Hinweis auf die Veröffentlichungen der russischen Veterinärverwaltung, um

den Plan einer Einfuhr von russischem Vieh als nachgerade strafwürdig erscheinen zu lassen. So wurde nach der zitierten Quelle für die Zeit vom 1. Jänner bis einschließlich November 1903 angegeben. Ich will der Kürze halber nur das europäische Rußland verlesen, um die Sache nicht in die Länge zu ziehen.

Es handelt sich um die von Krankheit betroffenen Plätze:

Milzbrand	5.757
Maul- und Klauenseuche	3.166
Lungenseuche	755
Pockenseuche der Schafe	2.264
Rotlauf der Schweine	1.904
Schweineseuche	1.549
oder in Summe	15.395

mit Viehkrankheiten bedrohte Plätze.

Und diese Seuchenfälle kamen nach amtlichen Angaben mit einziger Ausnahme der Rinderpest sowohl in den polnischen Gouvernements als auch in Podolien und Bessarabien, wo sich noch die sibirische Pest dazu gesellt, somit entlang unserer ganzen Grenze gegen Rußland vor. In Bessarabien sind bei einem Viehstande von 3 bis 4 Millionen Stück im Jahre 1904 schon während der zwei Monate Jänner und Februar 4270 Erkrankungsfälle vorgekommen, und zwar waren die Krankheiten sibirische Pest, Rog, But und Schweinepest.

Und dieses mit Seuchen nachgerade erblich belastete Vieh sollten die Fleischer benötigen, um die Fleischpreise auf einem akzeptablen Stande zu erhalten? Erst im Jahre 1880 durch das Gesetz vom 29. Februar wurde Österreich veranlaßt, mit Sperrungsmaßregeln gegen Rußland und Rumänien vorzugehen.

Es ist höchst interessant, wenn ich jetzt an der Hand von Ziffern auseinandersehe, wie es vor der Grenzsperrung ausgesehen hat und wie es nach der Grenzsperrung aussieht. Die wohltätigen Folgen dieser Sperrungsmaßregeln waren ganz eklatante, wie nachfolgende Ziffern über die durch Rinderpest getöteten Rinder während der Zeit von 1878—1883 dartun. Der Gesamtverlust betrug:

Vor der Grenzsperrung:

1878	1984 Stück
1879	4598 "
1880	279 "
1881	3073 "

Nach der Grenzsperrung:

1882	31 Stück
1883	14 "

Darnach war der Unterschied zwischen der Zahl der Seuchenfälle vor und nach der Grenzsperrung ein

ganz gewaltiger; der Gesamtverlust an Rindern sank von 3952 im Jahre 1881 auf 31 im Jahre 1882 und 14 im Jahre 1883.

Ich glaube, daß das ein ekklatanter Beweis ist, was die Grenzsperrungsmaßregel eigentlich bedeutet. Jetzt, meine Herren, wofür haben wir eigentlich diesen kolossalen Verlust erlitten? Wieviel Vieh brachten Rußland und Rumänien vor der Grenzsperrung nach Österreich? Auch in dieser Richtung bin ich in der Lage, über amtliche Daten zu verfügen. Es waren ganze 383 Stück Ochsen, welche wöchentlich vom Jahre 1864 bis 1878 in unsere Monarchie kamen und da kam nur ein Bruchteil dieser Ziffer auf den Wiener Markt. Jetzt, meine Herren, wenn man bedenkt, daß der Wert der österreichischen Viehzucht über 2 Milliarden beträgt, so muß es als ein volkswirtschaftliches Verbrechen betrachtet werden, wenn wir unsere Viehbestände diesen furchtbaren Verheerungen aussetzen, welche seinerzeit zu der Sperrung der Grenzen der Balkanstaaten und Rußlands geführt haben.

Heute schon kann mit Befriedigung konstatiert werden, daß die veterinären Verhältnisse in Österreich im Vergleiche zu den anderen Ländern die allerbesten sind und Österreich die allerwenigsten Seuchen aufweist. Wenn wir uns weiters die Frage vorlegen, ob ein Viehmangel vorhanden ist, so wird uns ein Blick auf unsere Außenhandelspolitik davon überzeugen, daß wir stets um viel mehr Vieh produziert haben, als was wir bedürfen. So betrug die Mehrausfuhr, das ist jene Ausfuhr, welche noch bleibt, wenn man die Einfuhr hiervon abzieht, in den Jahren 1894 bis 1903 im Durchschnitte jährlich mehr als 50 Millionen Kronen. Ich bitte, wie kann unter diesen Verhältnissen von einem Viehmangel die Rede sein? Unsere Gegner, wie wir es auch von Herrn Abg. Resel soeben gehört haben, behaupten, daß die Kleinbauern durch den Zollschutz und die Grenzsperrung für ihr Vieh keinerlei Vorteile genießen. Diese Anschauung kann ich an der Hand folgender Ziffern glänzend widerlegen.

Am 3. Juni 1902 wurden in Österreich gezählt 9,025.208 Rinder und 4,365.072 Schweine. Diese Ziffern weichen nur wenig ab von jenen, welche die Viehzählung vom 31. Dezember 1900 ermittelt hat. Damals zählte man 9,511.170 Rinder und 4,682.654 Schweine. Der Übersichtlichkeit halber werden die im amtlichen Berichte ausgewiesenen neun Größenklassen des landwirtschaftlichen Betriebes in acht zusammengezogen und werde ich die Größenklassen aufzählen; es entfallen von den 9,025.208 Rindern auf die Größenklasse bis zu 1 ha, das sind jene Besitzer

bis zu 1 ha Grund,	418.454 Stück = 4·6 %
von 1—2 "	813.553 " = 9·1 "
" 2—5 "	1,975.503 " = 21·8 "
" 5—10 "	1,612.774 " = 17·9 "
" 10—20 "	1,726.258 " = 19·1 "
" 20—50 "	1,493.417 " = 16·6 "
" 50—100 "	301.713 " = 3·4 "
und über 100 "	679.536 " = 7·5 "

Der größte Teil des Viehbestandes entfällt also auf die Besitzungen von 2 bis 50 ha, also auf den Kleinbauer und den eigentlichen Bauer. Der Bauernstand besitzt 6,811.952 Stück Rinder oder 75·4%. Auf den großbäuerlichen und den eigentlichen Großgrundbesitz entfallen nur 10·9%. Sogar der Parzellenbesitz bis 2 ha ist mit 13·7% des Gesamtrinderstandes stärker an dem Wohlergehen der Viehzucht beteiligt als der große Besitz. Noch günstiger für den kleinen und kleinsten Besitz ist die Verteilung des Schweinebestandes.

Ich weiß noch nicht, ob die Herren wünschen, daß ich auch hier die Ziffern vorlese, ich möchte nur in Kürze mitteilen, daß von den 4,365.072 Schweinen auf die Größenklasse bis zu

1 ha =	368.690 Stück = 8·5 %
1—2 "	445.146 " = 10·2 "
2—5 "	981.935 " = 22·5 "
5—10 "	808.701 " = 18·5 "
10—20 "	872.291 " = 20·0 "
20—50 "	674.273 " = 15·4 "
50—100 "	108.671 " = 2·5 "
über 100 "	105.335 " = 2·4 "

entfallen.

Auch hier besitzen die eigentlichen Bauern den größten Anteil, nämlich 3,337.200 Stück oder 76·4%. Der kleinste Besitz bis 2 ha mit 18·7% des Schweinebestandes übertrifft den Anteil des großen und größten Besitzes mit 4·9% bedeutend.

Anfänglich dieser Ziffern geht es wohl nicht mehr an, den Agrariern vorzuwerfen, daß sie nur für den Großbauer und Großgrundbesitzer arbeiten, wenn sie den Schutz unserer heimischen Viehzucht verlangen. Aus diesen Ziffern und laut der Viehzählung vom Jahre 1900 geht also klar und deutlich hervor, daß mehr als 80% des gesamten Viehstandes in Österreich auf den Kleingrundbesitz und Parzellenbesitz entfällt.

Es ließe sich hier noch stundenlang fortreden, aber ich muß aufrichtig sagen, daß es schon ziemlich lange gedauert hat. Ich finde den Antrag als vollkommen berechtigt und bitte das hohe Haus, den Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Landeshauptmann: Wir gelangen zur Abstimmung.

Der Antrag, der zur Abstimmung gelangt, hat folgenden Wortlaut (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, an die k. k. Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die veterinären Sperrmaßregeln gegenüber den Balkanstaaten und Rußland aufrecht zu erhalten und alle für die Entwicklung unserer heimischen Viehzucht erforderlichen Förderungsmaßnahmen zu treffen.“

Die Herren, die den Antrag annehmen wollen, bitte ich, sich von ihren Sitzen zu erheben (Geschlecht).

Der Antrag ist angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 217, betreffend den Rechnungsabluß für das Jahr 1906 und den Vorausschlag für das Jahr 1908 des allgemeinen steiermärkischen Schullehrer-Pensionsfonds (Beilage Nr. 277).

Berichterstatter ist Herr Abg. Fürst, der im Hause nicht anwesend ist. Ich sehe mich daher genötigt, an das hohe Haus die Bitte zu richten, zu gestatten, daß dieser Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werde. (Nach einer Pause.) Es erfolgt kein Widerspruch.

Wir gelangen zum Punkt 17 der Tagesordnung, das ist der

Bericht des Finanz-Ausschusses über Petitionen, und zwar Verzeichnisse Nr. 54, 56 und 57, und zu Punkt 18 der Tagesordnung, das ist der Bericht des Landeskultur-Ausschusses über Petitionen, und zwar Verzeichnis Nr. 55.

Das Verzeichnis Nr. 54 enthält den Bericht über die Petitionen Nr. 432, 370 und 427.

Hinsichtlich der Petitionen Nr. 432 und 370 ist Herr Abg. Erzellenz Graf Stürgkh Berichterstatter.

Herrn Abg. Dr. Rokoschinegg erteile ich hiemit das Wort.

Abg. Dr. **Rokoschinegg** (St.-G. Pettau): Ich beantrage, wie es im Vorjahre geschehen ist, die en bloc-Aannahme der Anträge zu den vorliegenden Petitionen, ausgenommen diejenigen Petitionen, zu welchen sich irgend ein Herr Abgeordneter zum Worte meldet.

Landeshauptmann: Ich bitte diejenigen Herren Abgeordneten, die zu einer der in den Petitionsverzeichnissen Nr. 54, 55, 56, 57 eingetragenen Petitionen das Wort zu nehmen wünschen, mir die Nummer der Petition und des Petitionsbogens, auf welchem sie eingetragen ist, bekanntzugeben, weil ich sonst in dem Sinne die Abstimmung einleiten würde, wie es

Herr Abg. Dr. Rokoschinegg soeben beantragt hat. (Nach einer Pause.) Es meldet sich keiner der Herren zum Worte, so schreite ich zur Abstimmung, und erlaube diejenigen Herren, welche die zu den in den vier Petitionsverzeichnissen Nr. 54, 55, 56 und 57 enthaltenen Petitionen eingetragenen Anträge der Ausschüsse annehmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Die von den Ausschüssen gestellten Anträge zu den Petitionen sind angenommen.

Die Tagesordnung ist sohin erledigt.

Ich habe darauf aufmerksam zu machen, daß während der Sitzung zur Verteilung gelangt ist:

Bericht des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen des Prosektors im Allgemeinen Kranken-, Gebär- und Findelhause in Graz, k. k. Hofrates Dr. Hans Eppinger, um Erhöhung seiner Bezüge und Einreihung in den Status der Landesbeamten. (Beilage Nr. 298.)

Antrag der Abgeordneten Brandl, Kunz und Genossen, betreffend die Einreihung der Gaaler Bezirksstraße in die Kategorie der Bezirksstraßen I. Klasse. (Beilage Nr. 300.)

Antrag der Abgeordneten Hagenhofer und Genossen, betreffend die Gewährung von Nothstandsunterstützungen für die durch Elementarereignisse betroffenen Besitzer des politischen Bezirkes Hartberg. (Beilage Nr. 301.)

Antrag der Abgeordneten Drnig und Genossen, betreffend die Regulierung der Drann, Bezirk Pettau. (Beilage Nr. 302.)

Es sind mir folgende Anträge überreicht worden (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Josef Sutter, Franz Graf Attens, Franz Hagenhofer, Franz Nobil, Friedrich Freiherrn von Rokitsky und Genossen, betreffend die Begehung des 60jährigen Jubiläums der Regierung Seiner Majestät des Kaisers Franz Josef I.

Hoher Landtag!

Am 2. Dezember 1908 jährt sich zum sechzigstenmal der Tag des Regierungsantrittes Seiner Majestät unseres allergnädigsten Kaisers.

Schon rüstet man sich im ganzen Reiche, dieses für unser Vaterland ebenso bedeutsame als seltene Regierungsjubiläum Seiner Majestät festlich zu begehen.

Getreu seinen Traditionen, darf daher auch der steiermärkische Landtag es nicht verabsäumen, anlässlich dieses Regierungsjubiläums den dynastischen Gefühlen der Bevölkerung, welche in einer 600jährigen Geschichte wurzeln, sowie dem Gefühle unverbrüchlicher Treue und

Anhänglichkeit an den geliebten Monarchen in würdiger und erhebender Weise Ausdruck zu verleihen.

Dieses Regierungsjubiläum soll aber nicht bloß in einem solennen Guldigungsakte, sondern nach den kundgegebenen Wünschen des erhabenen und hochsinnigen Monarchen in Wohltätigkeits- und Humanitäts-Akten nach den vorhandenen Bedürfnissen des betreffenden Landes bestehen.

Aus diesen Erwägungen wird gestellt der

Antrag:

„I. Der hohe Landtag wolle beschließen, es werde aus Anlaß des 60jährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Kaisers Franz Josef I. und zur bleibenden Erinnerung an dieses Jubiläum ein angemessener Betrag zu wohltätigen Zwecken gewidmet.

II. Dieser Antrag ist einem aus dem ganzen Hause zu wählenden 15gliedrigen Ausschusse zuzuwenden.

III. Dieser Ausschuss wird mit der Aufgabe betraut, im Einvernehmen mit dem Landes-Ausschuss über die Art der Verwendung dieses Betrages dem hohen Hause noch in dieser Session Bericht zu erstatten und bestimmte Anträge zu stellen.“

Graz, am 27. September 1907.

Sutter.	Albert Stiger.
Kellersperg.	Hanaussek.
Kodolitsch.	Josef Kurz.
Franz Robič.	Emil Kunz.
Richard Klammer.	Größwang.
Frh. v. Rokitsansky.	Reitter.
M. Stallner.	Schoiswohl.
Stieg.	J. Roš.
Frank.	Ferd. Berger.
Georg Daniel.	Dr. Fr. Jankovič.
Michael Brandl.	H. Bührlen.
Penko.	J. Attems.
Joh. Krenn.	Hagenhofer.
Edmund Attems.	Rudolf Dehne.
Burger.	Frandenegg.
Wagner.	Dr. Kokoschinegg.
Erber.	Dr. Graf.
Dr. Grašovec.	Sedlaczek.
Dr. Jurtela.	Stocker.
J. Roškar.	Kern.
Ročevár.	Holzer.
Moscon.	Dr. Hofmann.
Stürgkh.	Dr. Ploj.
Lamberg.	Knottinger.
J. Hauttmann.	Wastian.
Dr. Leopold Linz.	Huber.

Ornig.	Mayr v. Melnhof.
Zedlacher.	Mois Schweiger.
Johann Gerlig.	Bošnjak.
V. Capra.	Feyrer.

Bitte fortzusetzen.

Schriftführer **Kunz** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten **Brandl** und Genossen, betreffend die Unterstützung der durch Elementarereignisse schwer geschädigten Grundbesitzer der Gemeinden Feistritz bei Knittelfeld und Rachau, politischer Bezirk Judenburg.

Hoher Landtag!

Im Mai l. J. wurde die Gemeinde Feistritz bei Knittelfeld von einem Hochwasser heimgesucht, welches an den Kulturen der Grundbesitzer einen amtlich erhobenen Schaden von 5540 K verursachte. Neben diesen Schäden an Privateigentum sind aber auch große Beschädigungen des Gemeindegutes zu verzeichnen, welche sich insgesamt ebenfalls auf 3131 K belaufen.

Im gleichen Monate hat in der Gemeinde Rachau Hochwasser Brücken und sonstige Straßenobjekte zerstört, sodaß sich ebenfalls ein größerer Schaden ergibt, welcher um so schwerer ist, als die Gemeinde schon wiederholt mit Elementarereignissen voll schädlicher Wirkungen zu rechnen hatte.

Die Gefertigten stellen deshalb den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuss wird aufgefordert, Sorge zu tragen, daß den geschädigten Grundbesitzern der Gemeinden Feistritz bei Knittelfeld und Rachau, beide im politischen Bezirk Judenburg, Unterstützungen aus Staats- und Landesmitteln zukommen und daß insbesondere auch den Gemeinden bei Wiederherstellung der zerstörten Straßenobjekte unterstützend an die Hand gegangen und die aus diesem Anlasse erwachsenen Kosten möglichst vermindert werden.“

Graz, am 1. Oktober 1907.

Brandl.	Burger.
Stieg.	Georg Daniel.
v. Rokitsansky.	Frank.

„Antrag

der Abgeordneten **Burger** und Genossen, betreffend die Befugnis für die Kurtschmiede zur Ausübung der tierärztlichen Praxis.

Hoher Landtag!

Es ist eine bekannte Tatsache, daß wir unter einem empfindlichen Mangel an Tierärzten leiden, was für den einzelnen Landwirt und Viehzüchter mitunter mit schweren Verlusten verbunden ist. Diesem Übelstande

könnte leicht dadurch abgeholfen werden, daß den Kurtschmieden, welchen in der Regel schon beim Militär die entsprechende Vorbildung und Praxis vermittelt wurde, die Befugnis eingeräumt wird, sich tierärztlich betätigen zu dürfen.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird aufgefordert, bei der k. k. Regierung dahingehend vorstellig zu werden, daß den Kurtschmieden, soweit sie sich dazu eignen, die Befugnis zur Ausübung der tierärztlichen Praxis eingeräumt wird.“

Graz, am 1. Oktober 1907.

Bürger.	Frank.
Brandl.	Georg Daniel.
v. Hofitansky.	Stieg.“

„Antrag

der Abgeordneten Sutter und Genossen, betreffend die Einlösung und Verstaatlichung der Lokalbahnen Fehring—Fürstenfeld, Fürstenfeld—Hartberg—Friedberg und Aspang—Wien.

Hoher Landtag!

Nachdem der Bau der Bahn von Friedberg nach Aspang gesichert ist und es gewiß auch zweckmäßig ist, wenn die zweite Verbindung von Graz über Fehring nach Wien nicht aus so vielen Teilstrecken besteht, welche sich einerseits im Besitze, des Staates andererseits im Besitze von Aktiengesellschaften befinden, anstatt ein einheitliches Unternehmen zu bilden, stellen die Gefertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, bei der k. k. Regierung dahin zu wirken, daß die Lokalbahnen Fehring—Fürstenfeld, Fürstenfeld—Hartberg (Neudau), Hartberg—Friedberg und Aspang—Wien ehestens eingelöst, beziehungsweise verstaatlicht werden.“

Graz, im September 1907.

Sutter.

Kodolitsch.	Rudolf Dehne.
Reitter.	J. Hautmann.
Größwang.	Moscon.
Stürgkh.	Johann Gerlik.
Kellersperg.	Richard Klammer.
Dr. Graf.	Lenko.

Lamberg.“

Schriftführer **Sedlacek** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dr. Franz Janković, Hofrat

Dr. Friedrich Ploj und Genossen, betreffend die Uferschutzbauten an der Save bei Friesach, Gemeinde Blanca und St. Marein, Gemeinde Lichtenwald.

Hoher Landtag!

Laut der beige-schlossenen Petition von 17 Grundbesitzern in Unter-Friesach, Gemeinde Blanca, Bezirk Lichtenwald, macht ihnen die Save Jahr für Jahr bei Hochwasser einen immensen Schaden, da infolge Mangels von Uferschutzbauten jedesmal fruchtbares Erdreich in großen Massen fortgeschwemmt wird.

Bereits im Jahre 1902 wurden durch die Savebauleitung Projekte zur Behebung von Uferbrüchen bei Friesach-Blanca und St. Marein-Lichtenwald ausgearbeitet, wobei sich herausstellte, daß die Sicherungsmaßnahmen speziell bei Friesach als sehr dringend zu bezeichnen sind, was in einem Berichte des Landes-Ausschusses an die Statthalterei vom 5. Dezember 1905, Z. VI ²⁵⁴²/₁₃₂, L. N. Z. 306/05, auch betont wurde.

Da sich in der Frage der Kostenbedeckung Schwierigkeiten ergaben und sowohl die Bezirksvertretung Lichtenwald, die Gemeinden Blanca und Lichtenwald, als auch die in Betracht kommenden anrainenden Besitzer gegen die über Auftrag der Statthalterei von der Bezirkshauptmannschaft Rann verfügte Bestimmung, je 10 Prozent zu den vom Staate auszuführenden Bauten beizutragen, rekurrierten und in der Sache bisher keine Entscheidung gefällt wurde, die Sicherungsbauten natürlich auch keinen Schritt nach vorne machten, die Schäden sich aber von Jahr zu Jahr immer empfindlicher mehren, so stellen die Gefertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die Verhandlungen bezüglich der Uferschutzbauten in Friesach-Blanca und St. Marein-Lichtenwald beschleunigt und ehestens zum Abschlusse geführt werden, und er möge erwirken, daß die Anrainer, die Gemeinden Blanca und Lichtenwald und die Bezirksvertretung Lichtenwald zu Beitragsleistungen nicht verhalten werden, da die in Rede stehenden Flußstrecken in der sogenannten regulierten Savestrecke liegen und die diesfälligen Arbeiten zumeist nur aus Staatsmitteln bewirkt werden.“

Graz, am 1. Oktober 1907.

Dr. Fr. Janković.	Robič.
Dr. Ploj.	Dr. Jurtela.
Roš.	Dr. Grašovec.“

„Antrag

der Abgeordneten Bürger und Genossen, betreffend die Beistellung von billigem Abfallsalz für landwirtschaftliche Zwecke.

Hoher Landtag!

Es ist bekannt, daß seitens der ärarischen Salinen für industrielle und gewerbliche Zwecke zu einem außerordentlich ermäßigten Preissatze sogenanntes Blank- und Kernsalz abgegeben wird. Diese Salzarten bilden aber gerade für den landwirtschaftlichen Betrieb einen wichtigen Bedarfsartikel, was namentlich in Bezug auf die Viehzucht gilt. Es würde deshalb eine sehr wirksame Förderung der letzteren bedeuten, wenn auch den Landwirten zu diesem Zwecke im Preise bedeutend ermäßigtes Abfallsalz zur Verfügung gestellt würde.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, sich mit der k. k. Regierung ins Einvernehmen zu setzen, damit das Abfallsalz ebenso wie dies bei den industriellen und gewerblichen Betrieben der Fall ist, auch den Landwirten zu einem gleichermaßen ermäßigten Preise zur Verfügung gestellt wird.“

Graz, am 1. Oktober 1907.

Burger. Georg Daniel. Brandl.
v. Rokitsansky. Frank. Stieg.

Landeshauptmann: Diese Anträge werden in Druck gelegt und sodann der weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Es liegt noch eine Interpellation vor, die ich den Herrn Schriftführer Sedlaczek bitte, zur Verlesung zu bringen.

Schriftführer **Sedlaczek** (liest):

„Interpellation

der Abgeordneten Burger und Genossen an den Landes-Ausschuß, betreffend die Vorlage eines Gesetzentwurfes in Sachen der Verbauung des Teichenbaches in der Gemeinde Kallwang.

Für die Verbauung des Teichenbaches in der Gemeinde Kallwang hat sich die Gutsverwaltung Guttmann erbötig gemacht und verpflichtet, die Kosten zu tragen. Die Verbauung ist mit Rücksicht auf den Zustand des Bachbettes sehr dringend. Trotz dieser Umstände hat der Landes-Ausschuß bisher dem hohen Landtage noch keine einschlägige Gesetzesvorlage unterbreitet, sodaß die ganze Angelegenheit wieder unnützerweise auf die lange Bank geschoben wird.

Die Gefertigten stellen daher die

Anfrage:

1. Hat der Landes-Ausschuß von der Bereitwilligkeit der Guttmann'schen Gutsverwaltung in Bezug auf die Tragung der Kosten für die Verbauung des Teichenbaches in der Gemeinde Kallwang Kenntnis?

2. Warum hat der Landes-Ausschuß es veräuht, dem Landtage eine bezügliche Gesetzesvorlage einzubringen, damit mit den Arbeiten begangen werden kann?

Graz, am 1. Oktober 1907.

Burger.

Stieg.

Frank.

v. Rokitsansky.

Brandl.

Georg Daniel.

Landeshauptmann: Diese Interpellation wird an den Landes-Ausschuß geleitet werden.

Die nächste Sitzung beantrage ich für Mittwoch den 2. Oktober 1907 um 10 Uhr vormittags und als

Tagesordnung

beantrage ich:

1. Begründung des Antrages der Abgeordneten Schoiswohl, Hagenhofer, Rokitsansky und Genossen, betreffend die Schaffung eines Alpichutzgesetzes. (Beilage Nr. 282.)

2. Begründung des Antrages der Abgeordneten Ročevár, Dr. Ploj und Genossen, betreffend Drauferschutzhäuten in den Gemeinden Obriß und Grabendorf. (Beilage Nr. 290.)

3. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, mit welchem grundsätzliche Bestimmungen für das öffentliche Schlachthaus in Windisch-Feistritz erlassen werden. (Beilage Nr. 297.)

4. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen des Prosektors im Allgemeinen Krankenz-, Gebär- und Findelhaufe in Graz, k. k. Hofrates Dr. Hans Eppinger, um Erhöhung seiner Bezüge und Einreihung in den Status der Landesbeamten. (Beilage Nr. 298.)

5. Mündlicher Bericht des Landeskultur-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Prasovec, Roš und Genossen, Beilage Nr. 158, betreffend die Regulierung des Röttingbaches im Gerichtsbezirke Gills. Berichterstatter Abg. Dr. Jurtela.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 217, betreffend den Rechnungsabschluß für das Jahr 1906 und den Voranschlag für das Jahr 1908 des allgemeinen steiermärkischen Schullehrer-Pensionsfondes. (Beilage Nr. 277.) Berichterstatter Abg. Fürst.

Ist hinsichtlich des von mir in Vorschlag gebrachten Sitzungstages, der Stunde des Sitzungsbeginnes und der vorgeschlagenen Tagesordnung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist das nicht der Fall, somit bleibt es dabei.

Ich habe bekanntzugeben, daß der Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten

heute Dienstag den 1. Oktober um 3 Uhr nachmittags im Gemeinde-Ausschußlokale eine Sitzung abhält.

Der Finanz-Ausschuß hält heute um 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung steht: „Bäder, Landes-Armenfond, Stiftungen und Stipendien, Beiträge zu den Bildungsanstalten, Landes-Irrenanstalt“.

Der Weinbau-Ausschuß hält heute um halb 5 Uhr nachmittags im Lokale des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten eine Sitzung ab, was zur Voraussetzung hat, daß der Sonder-Ausschuß

für Gemeindeangelegenheiten bis dahin seine Sitzung beendet haben wird. (Nach einer Pause.) Es wird nichts bemerkt.

Eine Sitzung des Landeskultur-Ausschusses findet morgen am 2. Oktober um 9 Uhr früh statt und morgen Mittwoch um halb 10 Uhr findet eine Sitzung des Petitions-Ausschusses statt.

Ist sonst noch etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist das nicht der Fall.

Ich erkläre nunmehr die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 20 Minuten nachmittags.)